



28. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Gremium: Ausschuss für Kultur und Wissenschaft
Sitzungstermin: Donnerstag, 18.05.2017, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 107, Hegelallee , Haus 9

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.04.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen
16/SVV/0403 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI, B/Sp., K/W (ff)
 - 3.2 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam
17/SVV/0014 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Golm
 - 3.3 Evaluation im Potsdam Museum
17/SVV/0161 Fraktion DIE LINKE
 - 3.4 Aufnahme von Marie Kunert in den Straßennamenpool
17/SVV/0348 Fraktion SPD
 - 3.5 Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre
17/SVV/0370

- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 5 Sonstiges



Niederschrift 27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzungstermin: Donnerstag, 20.04.2017
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:42 Uhr
Ort, Raum: Deutsches GeoForschungsZentrum Potsdam, Telegrafenberg, Haus G,
Raum 3-59, 14473 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg DIE LINKE
Herr Uwe Adler	SPD	Vertretung für: Herrn Peter Schultheiß Potsdamer Demokraten
Herr David Kolesnyk	SPD	
Herr Norbert Mensch	CDU/ANW	
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für: Herrn Uwe Fröhlich Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	

zusätzliches Mitglied

Herr Eric Blume DIE aNDERE

sachkundige Einwohner

Herr Roman Kuffert	AfD	
Frau Anna Lüdcke	CDU/ANW	
Herr Prof. Dr. Hermann Voegen	Bündnis90/Die Grünen	ab 18:10 Uhr
Frau Kerstin Walter	SPD	
Herr Christian Wendland	Bürgerbündnis-FDP	

Herr Dieter Jetschmanegg	Fachbereichsleiter 92 Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung	bis 18:50 Uhr
Herr Tobias Büloff	Wissenschaftlicher Mitarbeiter Fachbereich 24	Vertretung für Frau Dr. Seemann

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	entschuldigt
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Marta Balzer	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Oud Joffe	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	nicht anwesend
Herr Frank Reich	SPD	nicht anwesend
Frau Carla Villwock	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Beigeordnete Geschäftsbereich 2	entschuldigt
Frau Dr. Birgit-Katharine Seemann	Fachbereichsleiterin 24 Kultur und Museum	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Bettina Schmidt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.03.2017/ Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Präsentation Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0014
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Golm
 - 4.2 Evaluation im Potsdam Museum
Vorlage: 17/SVV/0161
Fraktion DIE LINKE
 - 4.3 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke
Vorlage: 17/SVV/0220
Fraktion CDU/ANW
alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke
 - 4.4 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 17/SVV/0242
 - 4.5 Aufnahme von Jakob Kaiser in den Straßennamenpool
Vorlage: 17/SVV/0259
Fraktion CDU/ANW
 - 4.6 Studentenwohnen "Zimmerfrei Aktion"
Vorlage: 17/SVV/0283
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Jury Max-Dortu-Preis
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.03.2017/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter bedankt sich zunächst bei Herrn Zens, für die Führung über das Gelände des Telegrafenberges.

Des Weiteren informiert sie die Ausschussmitglieder darüber, dass sowohl Frau Dr. Magdowski als auch Frau Dr. Seemann und Frau Peetz-Mühlstein entschuldigt sind und zur Sitzung nicht erscheinen können. Sie begrüßt Herrn Büloff (Fachbereich 24 - Wissenschaftlicher Mitarbeiter Erinnerungskultur und Gedenken in Potsdam) als Vertreter für Frau Dr. Seemann.

Zudem begrüßt Frau Dr. Schröter Herrn Jetschmanegg, Fachbereichsleiter für den Fachbereich 92 – Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung.

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Nachfrage, ob es Anmerkungen zur Niederschrift zur Sitzung vom 23.03.2017 gebe, wird verneint. Frau Dr. Schröter stellt die Niederschrift zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	0
Enthaltung:	4

Die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Frau Dr. Schröter schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 4.2 „Evaluation im Potsdam Museum“ erneut zu verschieben, da weder Frau Dr. Magdowski noch Frau Dr. Seemann der Sitzung beiwohnen können. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Tagesordnung einschließlich der Vertagung des Tagesordnungspunktes 4.2 wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Präsentation Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ

Herr Zens (Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit GFZ) stellt den Ausschussmitgliedern die Arbeit des GFZ anhand einer Präsentation vor. Dabei geht er unter anderem auf die Geschichte des Telegrafenberges und derzeitige

Projekte ein. Herr Zens informiert zudem über eine aktuelle Ausstellung im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (Kutschstall) zur Geschichte des Telegrafenberg mit dem Titel „Fokus: Erde. Von der Vermessung unserer Welt“. Im Januar 2017 feierte das GFZ 25-jähriges Jubiläum. Insgesamt gebe es 1282 Beschäftigte, davon seien 734 Beschäftigte Wissenschaftler (32% Frauen) und 39 Auszubildende. Der Jahresetat in 2016 betrug 95 Mio. Euro. Davon seien 62 Mio. Euro institutionelle Förderung von Bund und Land. 33 Mio. Euro würden über Drittmittel akquiriert. Es bestehen Kooperationen unter anderem mit der Uni und der Fachhochschule Potsdam, Forschungseinrichtungen und der öffentlichen Hand.

Frau Armbruster erkundigt sich, ob es eine Übersicht gebe, aus der hervorgeht, wie hoch die Ausgründung von Unternehmen aus dem GFZ und die Ansiedlung der wissenschaftlichen Firmen in Potsdam seien. Zudem erfragt Frau Armbruster, ob seitens des GFZ Unterstützung durch die Stadt gewünscht sei.

Herr Zens bestätigt, dass es eine Übersicht dazu gebe, die er den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen könne. Eine gute Zusammenarbeit erfolge mit dem Stadtmarketing und Pro Wissen. Außerdem erfolge eine Zusammenarbeit mit der Stadt Potsdam in Bezug auf die Bautätigkeiten. Lediglich ein zügigeres Genehmigungsverfahren der Bauanträge und Bauangelegenheiten durch die Stadtverwaltung sei wünschenswert.

Auf Nachfragen verweist Herr Zens darauf, dass die wissenschaftlichen Einrichtungen auf dem Telegrafenberg auf Grund ihrer räumlichen Lage vielen Potsdamern weniger durch Besuche bekannt seien. Durch die Zusammenarbeit mit Pro Wissen sowie der Ausstellung „Forschungsfenster“ in der Wissenschaftsetage im Bildungsforum habe das GFZ jedoch einen Anlaufpunkt im Stadtzentrum. Zudem soll das Angebot für Führungen durch den Wissenschaftspark erweitert werden. Das GFZ verfüge derzeit über 5 Standpunkte in Potsdam. Ziel sei es zukünftig, alles auf dem Telegrafenberg zu bündeln.

Frau Dr. Schröter und Herr Jetschmanegg bedanken sich für die Ausführungen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0014

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

OBR Golm

Frau Armbruster stellt fest, dass bis dato noch keine offizielle Anfrage an die Universität zur Abgabe eines Votums zum Antrag erfolgte. Dies sollte erst noch geschehen, bevor der Antrag im Ausschuss votiert wird. Es könnte ein Geschäftsordnungsantrag gestellt werden mit der Bitte an den Oberbürgermeister, eine Stellungnahme einzuholen.

Frau Dr. Schröter bemerkt, dass es in der letzten Sitzung den Anschein erweckt hatte, dass sich die antragstellende Fraktion bereits an die Uni gewandt hätte. Der Antrag sei derzeit noch keine Beschlusslage für die Verwaltung.

Dem schließt sich Herr Kolesnyk an. Zudem wurde der Antrag vom Ortsbeirat Golm und von Herrn Dr. Arlt abgelehnt. Als Alternative könnte der Änderungsantrag der Fraktion SPD als Prüfauftrag beschlossen werden. Dieser sieht vor zu prüfen, ob die Betriebsstraßen auf dem Gelände der Uni Potsdam benannt werden könnten. Dem Ursprungsantrag werde seitens der SPD nicht zugestimmt. Die Situation ergab sich aus der Eingemeindung heraus. Die Umbenennung der Straße sei nicht die Lösung. Viele Anwohner seien gegen eine Umbenennung. Gegen eine erneute Verschiebung wäre nichts einzuwenden.

Frau Dr. Schröter macht deutlich, dass auch die Fraktion DIE LINKE dem Ursprungsantrag nicht zustimmen werde.

Frau Armbruster stellt folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft bittet den Oberbürgermeister ein Votum der Uni Potsdam zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und zum Änderungsantrag der Fraktion SPD einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	2

Der Geschäftsordnungsantrag wird **angenommen**.

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

zu 4.2 Evaluation im Potsdam Museum

Vorlage: 17/SVV/0161

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 4.3 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke

Vorlage: 17/SVV/0220

Fraktion CDU/ANW

alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke

Herr Mensch bringt den Antrag ein.

Herr Sträter (Ortsvorsteher des Ortsbeirates Groß Glienicke) berichtet, dass der Antrag in geänderter Fassung votiert wurde. Der Ortsbeirat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) ein Konzept zu entwickeln. ~~alternativ die Ausschreibung zum Verkauf durch den Kommunalen Immobilien Service bis zum September 2017 vorzubereiten, wobei durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass~~

- ~~1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen nach dem Kauf durch den Käufen erfolgen muss;~~

- ~~2. der Käufer ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegt und durch vertragliche Vereinbarungen mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen mindestens im derzeit vorhandenen Umfang durch Vereine und die Landeshauptstadt Potsdam auch zukünftig sicherstellt;~~
- ~~3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.~~

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.“

Man könnte den Antrag auch so modifizieren, dass den beteiligten Ausschüssen berichtet wird. Er stimmt Herrn Mensch zu, dass die Halle sanierungsbedürftig sei. Jedoch muss man sich die Frage stellen, ob sich die Stadt von so einem Objekt trennen möchte. Dies müsse man sich sorgfältig überlegen. Aus diesem Grund lehnt der Ortsbeirat die Vorbereitung des Verkaufs ab.

Herr Mensch bringt hervor, dass er auch eine Chance darin sehe, wenn ein privater Investor sich der Sanierung annimmt.

Die Mitglieder des Ausschusses sprechen sich mehrheitlich für den Vorschlag des Ortsbeirates aus. Anschließend könnte immer noch die Option eines Investors geprüft werden.

Herr Kolesnyk bringt zudem zum Ausdruck, dass der Verkauf auf Grund erforderlicher Sanierungsarbeiten nicht nachvollziehbar sei. Es fehlen zudem notwendige Informationen, um dies auf den Weg zu bringen. Sollte eine Sanierung seitens der Stadt nicht möglich sein, könnten im Nachhinein immer noch Alternativvorschläge seitens der Verwaltung vorgestellt werden.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag in der beschlossenen Form des Ortsbeirates mit der zusätzlichen Änderung, dass den beteiligten Ausschüssen zu berichten ist zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) ein Konzept zu entwickeln, alternativ die Ausschreibung zum Verkauf durch den Kommunalen Immobilien-Service bis zum September 2017 vorzubereiten, wobei durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass

- ~~1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen nach dem Kauf durch den Käufer erfolgen muss;~~
- ~~2. der Käufer ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegt und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen mindestens im derzeit vorhandenen Umfang durch Vereine und die Landeshauptstadt Potsdam auch zukünftig sicherstellt;~~
- ~~3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.~~

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **Den beteiligten Ausschüssen** und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4.4 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 17/SVV/0242

Zu diesem Tagesordnungspunkt bestehen keine Nachfragen.
Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zur Umsetzung der Bürgervorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2013/14 (Anlage).

zu 4.5 Aufnahme von Jakob Kaiser in den Straßennamenpool
Vorlage: 17/SVV/0259
Fraktion CDU/ANW

Herr Mensch bringt den Antrag ein.

Herr Büloff trägt die schriftlich eingereichte Stellungnahme von Herrn Dr. Arlt vor, aus der Informationen über die Widerstandstätigkeit von Jakob Kaiser und sein Kellerversteck in der Babelsberger Hermann-Maaß-Straße 67 hervorgehen.

Auf die Nachfrage von Frau Armbruster, ob es eine Straße mit dem Namen gebe, erwidert Frau Dr. Schröter, dass dies aus der Stellungnahme von Herrn Dr. Arlt nicht hervorgeht. Wäre es so, würde Herr Dr. Arlt dies sicherlich mitteilen.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung nimmt den Namen „Jakob Kaiser“ in den Namenspool für Straßen, Plätze usw. auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

zu 4.6 Studentenwohnen "Zimmerfrei Aktion"
Vorlage: 17/SVV/0283

Frau Armbruster bringt den Antrag ein.

Herr Jekel (Bereichsleiter 382 – Wohnen) berichtet, dass sich Studierende regelmäßig nach Wohnräumen erkundigen. Daher wird der Antrag unterstützt. Am 04.05. findet erstmalig ein Treffen der Arbeitsgruppe „Wohnen für Hilfe“ im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen der Landeshauptstadt Potsdam beim Studentenwerk Potsdam statt. Auch wenn der Antrag noch nicht beschlossen ist, würde er anbieten, das Anliegen bereits in die Arbeitsgruppe einzubringen.

Herr Prof. Voegen informiert darüber, dass im Ergebnis einer Befragung im Rahmen eines Seminars im Bornstedter Feld, 15 % der Befragten angaben, bereit zu sein, Studierende bei sich unterzubringen.

Herr Jekel schlägt daraufhin vor, dass man nicht nur auf das Studentenwerk, sondern auch an die Hauseigentümer herantreten könne.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Studentenwerk Potsdam Gespräche zu führen, mit welchen Kampagnen, unterstützt durch die Stadt Potsdam, das Zimmervermittlungsangebot für Studierende in Potsdam verbessert werden kann.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 5.1 **Jury Max-Dortu-Preis**

Herr Büloff gibt einen Rückblick zur Juryzusammensetzung und benennt und begründet die seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Jurymitglieder. Vorgeschlagen werden:

Herr Prof. Dr. Heinz Kleger
Dr. Jörg Kwapis
Frau Ute Meesmann
Herr Prof. Dr. Julius Hans Schoeps
Herr Daniel Wetzel
Frau Dr. Birgit-Katharine Seemann (mit beratender Stimme).

Er spricht sich dafür aus, die Jury in der vorgeschlagenen Form weiter arbeiten zu lassen. Er weist auch darauf hin, dass sich die Jury zukünftig weiterentwickeln könne. Der Ausschuss solle entscheiden, ob die Erweiterung der Jury durch politische Vertreter gewünscht sei. Ziel sollte eine gut funktionierende Jury sein.

Die Mitglieder sprechen sich für die Besetzung der Jury mit den seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Mitgliedern aus. Auf das Berufen von politischen Vertretern wird verzichtet.

Die Besetzung der Jury mit den genannten Vertretern wird durch die Ausschussmitglieder **zustimmend zur Kenntnis** genommen.

zu 6 Sonstiges

Frau Dr. Schröter informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die Junisitzung, die letzte Sitzung von Frau Dr. Magdowski sein wird.

Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur und Wissenschaft

Bettina Schmidt
Schriftführerin

Deutsches GeoForschungsZentrum



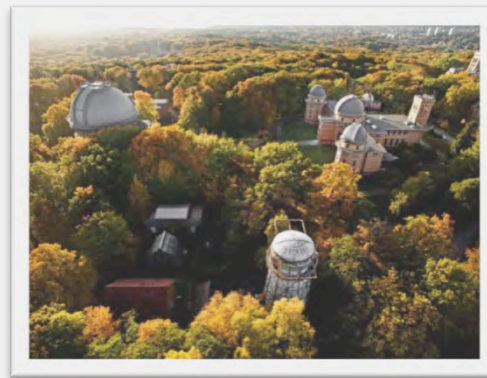
Josef Zens
Potsdam, 20. April 2017

TAGESSPIEGEL
POTSDAMER
NEUESTE NACHRICHTEN

30.04.2016

Potsdams große Suche nach der Weltformel

Die Wissenschaft hat in Potsdam eine lange Tradition.
Nukleus ihrer Verankerung in der Stadt ist der Telegrafenberg.



[...]

„Der Telegrafenberg ist der **wissenschaftliche Nukleus**, um den herum sich all das, was heute in der vielfältigen Potsdamer Wissenschaft zu finden ist, gruppierte. Schließlich ist das **Segment Erde** in der Potsdamer Forschung neben Mensch, Geschichte und Zukunft eines der **herausragenden Elemente**.“

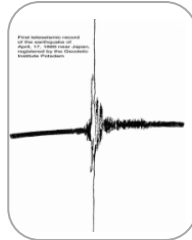
[...]

„Der *Genius Loci* dieser gerade mal 94 Meter hohen Erhebung im Südwesten Potsdams wirkt bis heute fort. Wo einst die Geodäsie ihre Wiege hatte, siedelten schlaue Köpfe nach der Wende das GeoForschungsZentrum (GFZ) an, das mittlerweile das **bedeutendste deutsche Zentrum für Geowissenschaft** ist ...“

[...]

„Betrachtet man die Vorgeschichte des Telegrafenberges, wird schnell klar, warum er heute zum **Kulminationspunkt der deutschen Erdsystemforschung** geworden ist.“

Geschichte der Geowissenschaften auf dem Telegrafenberg



- 1832** Errichtung einer Optischen Telegrafenstation zwischen Berlin und Koblenz → "Telegrafenberg"
- 1870** Gründung des **Königlich Preußischen Geodätischen Instituts in Berlin** unter Leitung von -Johann Jacob Baeyer
- 1889** **Erste Fernaufzeichnung eines Erdbebens** durch Ernst von Rebeur-Paschwitz auf dem Telegrafenberg
- 1890** Gründung des **Geomagnetischen Observatoriums Potsdam**
- 1892** Einweihung des **Königlich Preußischen Geodätischen Instituts** auf dem **Telegrafenberg**
- 1898 - 1904** **Absolutbestimmung der Erdschwere.** Von 1909 bis 1971 galt der Potsdamer Schwerewert als **internationale Bezugsgröße.**

- 1930** Transfer des **Geomagnetischen Observatoriums nach Niemegek**
- 1969** Zusammenfassung der Geodätischen und Geomagnetischen Institute Potsdams, des Geotektonischen Instituts Berlin und des Geodynamischen Institus Jena zum **Zentralinstitut für Physik der Erde (ZIPE)** in der ehemaligen DDR
- 1992** **Gründung des Deutschen GeoForschungsZentrums**



Aufbau einer modernen Großforschungseinrichtung, Vernetzung mit geeigneten Partnerinstituten in der Region (Gründung Univ. Potsdam 1991)

→ Erforschung des Systems Erde in einem fachübergreifenden Forschungsansatz



GFZ-Neujahrsempfang

18. Januar 2017

Programm

- ❖ **Grußworte** Prof. J. Wanka, Dr. M. Münch, OB J. Jakobs
- ❖ **Festrede** Prof. H. Riesenhuber (Einführung Prof. R. Emmermann)
- ❖ **Perspektiven des GFZ** Prof. R. Hüttl
- ❖ **Ausblick** Prof. O. Wiestler



Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ

Beschäftigte: 1282, davon

- **734** Wissenschaftler/innen (Frauenanteil 32 %)
 - 467 vom GFZ finanziert (258 über Haushalt, 209 über Drittmittel)
 - 267 nicht vom GFZ finanziert
- **39** Auszubildende

Jahresetat 2016 (vorläufig): 95 Mio. €, davon

- **62** Mio. € institutionelle Zuwendung und eigene Erträge,
33 Mio. € Drittmittel
- rund **12** Mio. € Investitionen

seit **Gründung 1992** Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft

Helmholtz-Gemeinschaft

Zahlen und Fakten

- 18 Forschungszentren mit rund 300 Instituten
- 38 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 14 700 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
- 6200 Doktorandinnen und Doktoranden
- Budget: 4,5 Milliarden Euro



GFZ-Strategie

Vision

Die Zukunft kann nur sichern, wer das System Erde und die Wechselwirkung mit dem Menschen versteht.

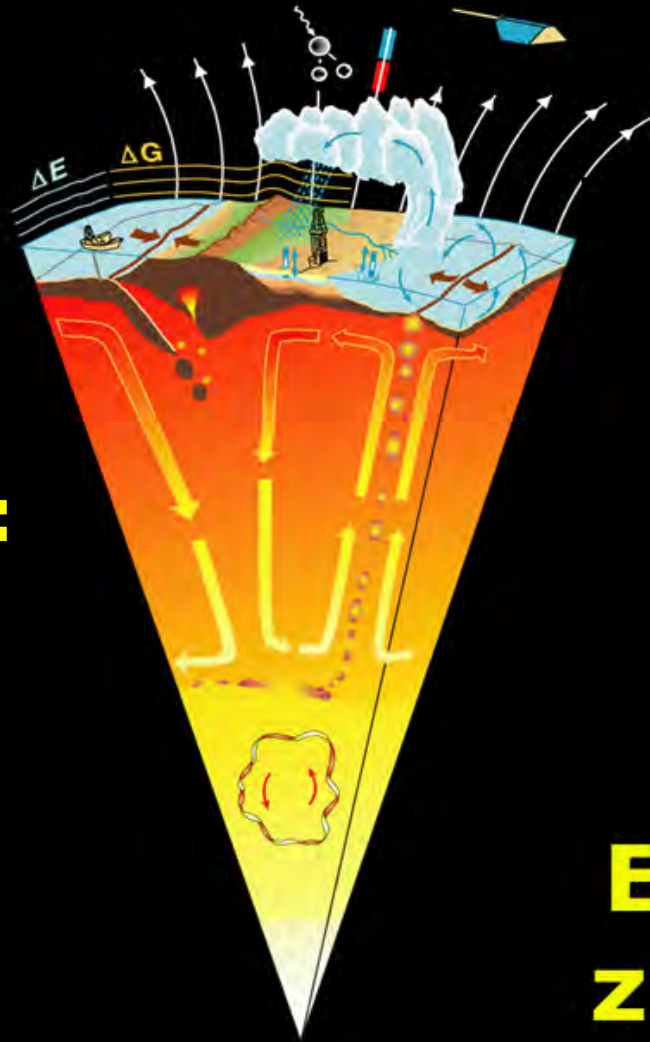
Wir entwickeln ein fundiertes System- und Prozessverständnis der festen Erde sowie Strategien und Handlungsoptionen, um den Globalen Wandel und seine regionalen Auswirkungen zu verstehen, Naturgefahren zu begegnen und damit verbundene Risiken zu mindern sowie den Einfluss der Menschen auf das System Erde zu erfassen.

Mission

Unsere Aufgabe ist es, die relevanten physikalischen, chemischen und biologischen Prozesse und Veränderungen in der Geosphäre zu erfassen, zu verstehen und zukünftige Entwicklungen besser abzuschätzen. Dazu integrieren wir Methoden der Erdbeobachtung mit Labor- und Feldexperimenten und mit Modellierungsansätzen.

System Erde:

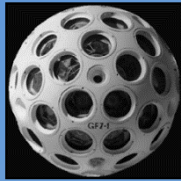
- Geosphäre
- Atmosphäre
- Hydrosphäre
- Kryosphäre
- Biosphäre
- Anthroposphäre



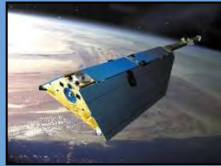
**...vom
Erdkern bis
zum Weltall**

Satellitenmissionen mit GFZ-Beteiligung

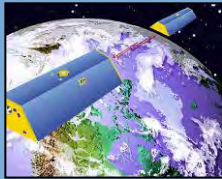
GFZ 1
(1995-1999)



CHAMP
(2000-2010)



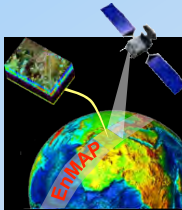
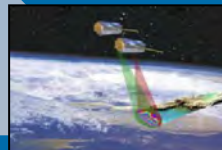
GRACE
(2002)



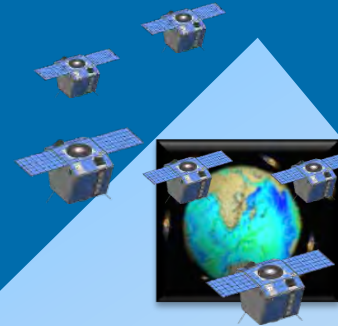
GOCE
(2009-2013)



TerraSAR-X (2007), TanDEM-X (2010)



Mini-Satelliten



EnMAP
(2018)

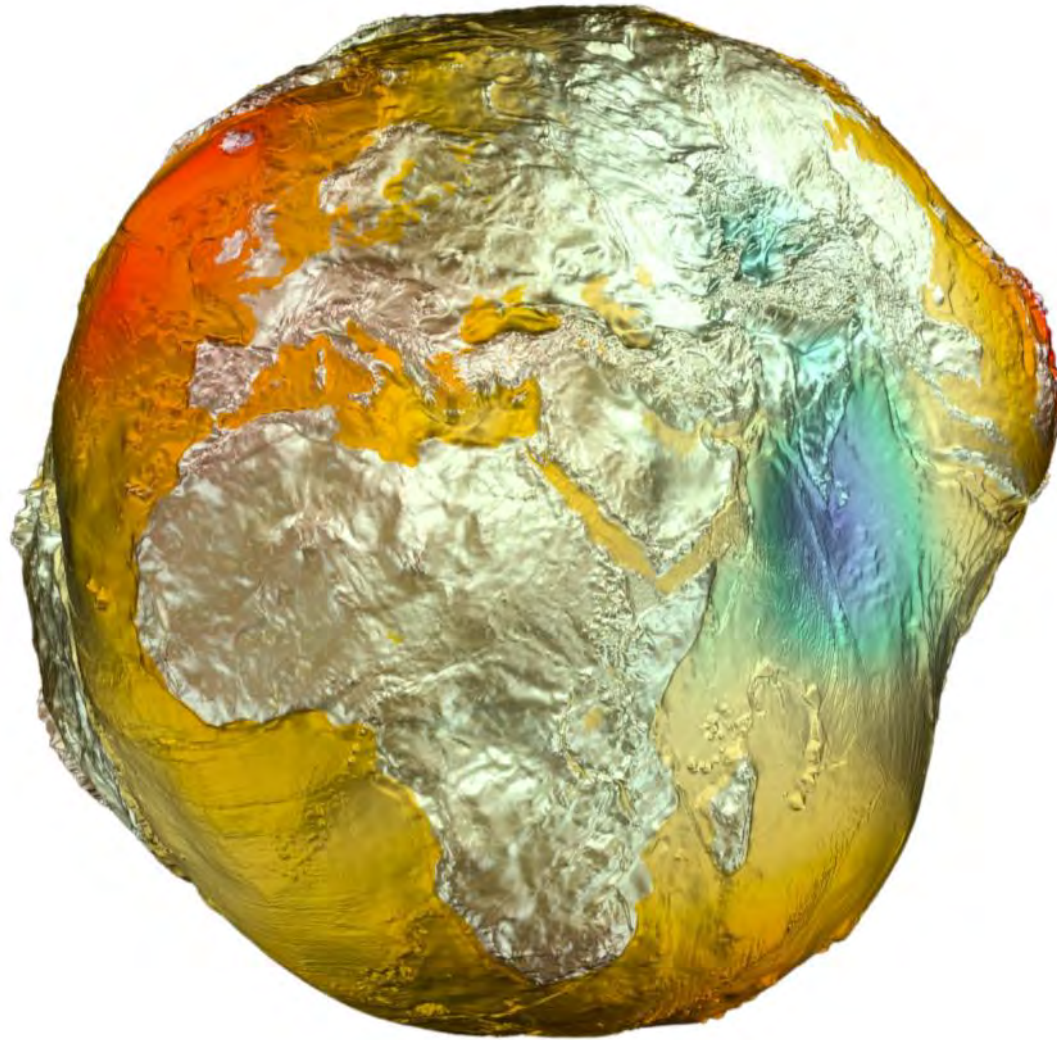
GRACE-FO
(2017)



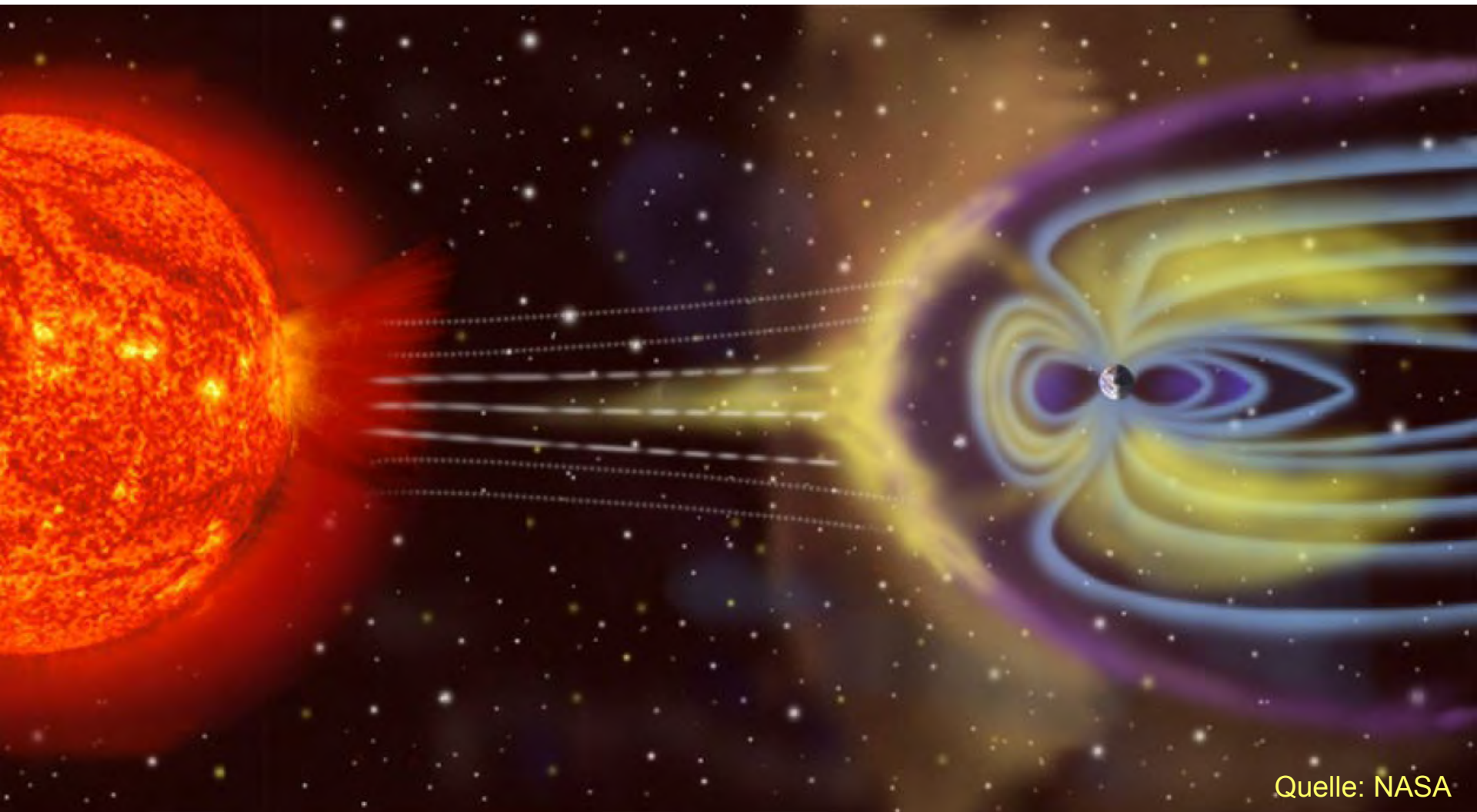
Swarm
(2013)



Potsdamer Schwerekartoffel



Erdmagnetfeld: Schutzschild vor kosmischen Strahlen



Quelle: NASA

Weltraumwetter

geladene Teilchen des Sonnenwinds beeinflussen Funktionstüchtigkeit technischer Systeme im Weltraum und auf der Erde

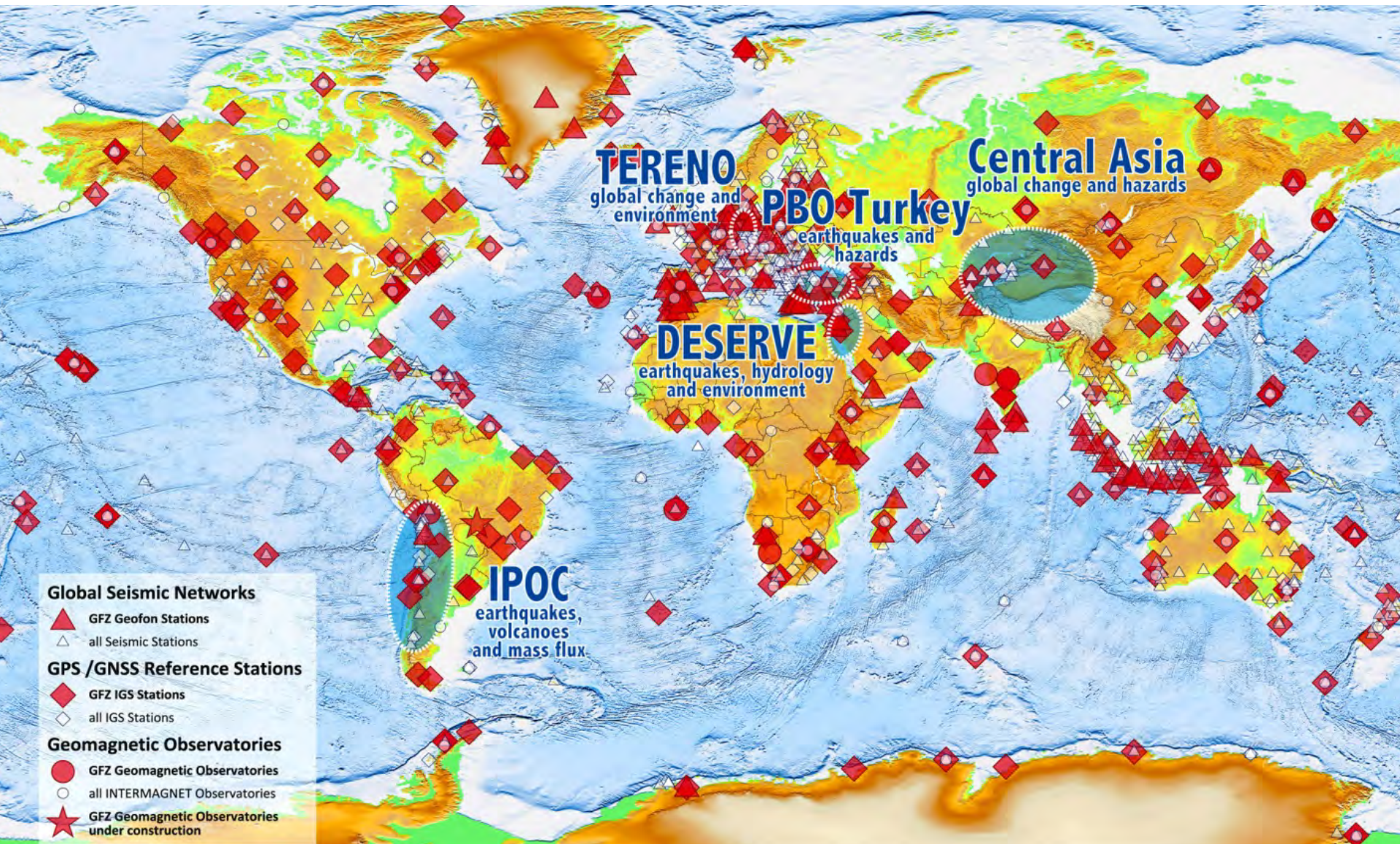
Beispiele:

- technische Defekte und Totalausfälle bei Satelliten
- Unterbrechungen im Nachrichten- und Navigationsverkehr
- Gefährdung von Raumfahrern und Flugzeugbesatzungen
- Stromausfälle in der Energieversorgung
- Zerstörung von Trafostationen
- Störungen im Bahnverkehr
- läßt Öl- und Gaspipelines korrodieren

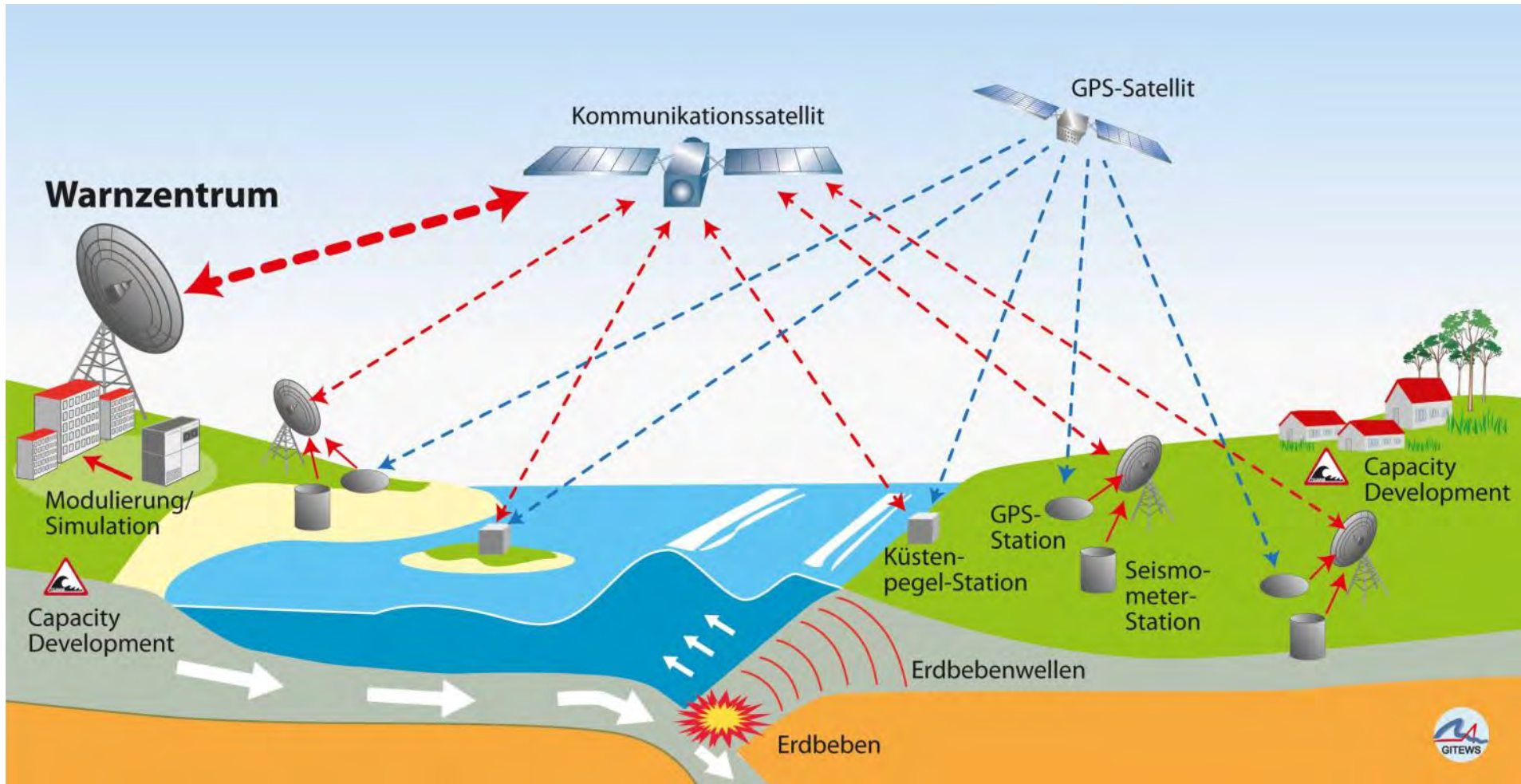


Quelle: NASA

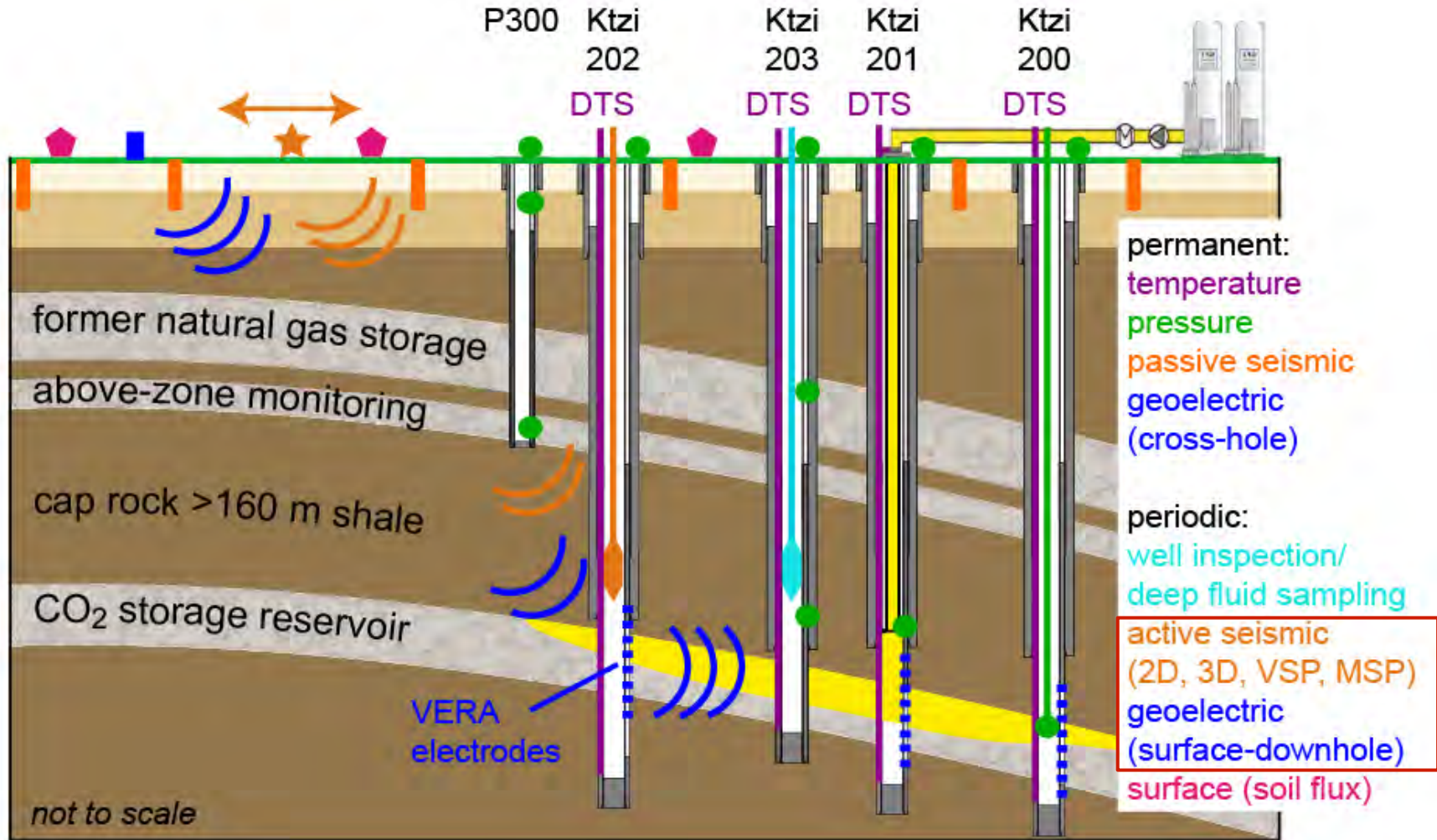
Erdsystem-Observatorien des GFZ



Tsunami-Frühwarnsystem



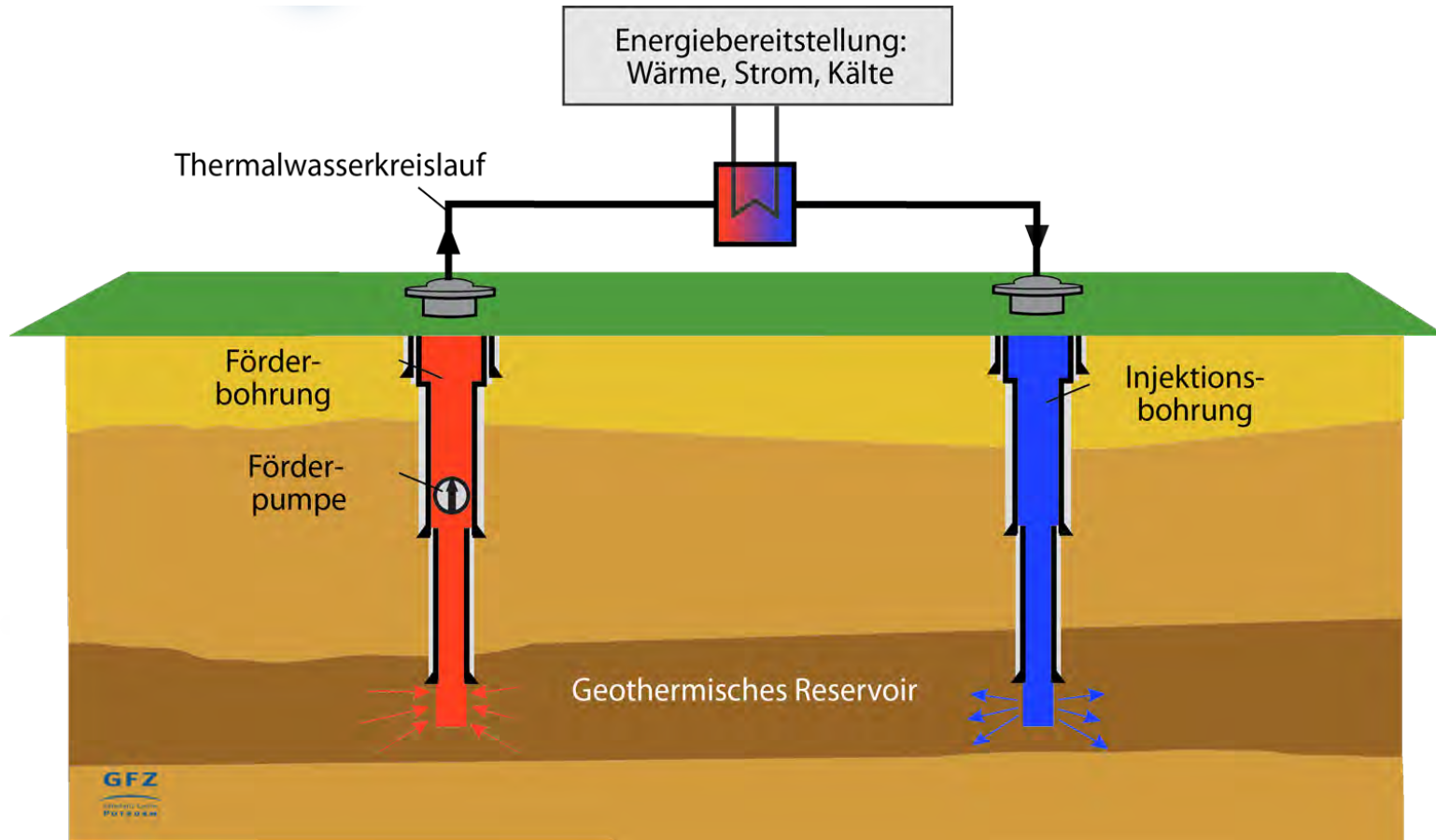
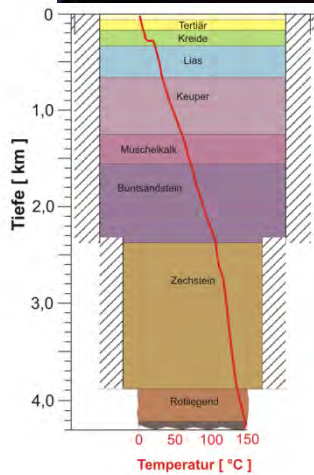
CO2SINK/CO2MAN-Projekt, Ketzin



Anwendung eines umfassenden Monitoring-Konzepts durch Kombination permanent und periodischer Beobachtungstechniken

In-situ-Geothermielabor Groß Schönebeck

2 Forschungsbohrungen: 4,3 km Tiefe, 150 °C



Vernetzung des GFZ in Potsdam

- **ProWissen** Potsdam e. V.



- **Wissenschaftsetage im Bildungsforum** am Platz der Einheit



- **Welcome Centre Potsdam**



Landesvereinigung der Außeruniversitären Forschung im Land Brandenburg – LAUF



- gegründet 1999
- 29 Mitgliedseinrichtungen (Helmholtz, WGL, FhG, MPG, Bund/Land, Private)
- Förderung der Wissenschaft und Vertretung der Interessen der Mitglieder
- Zusammenarbeit mit Hochschuleinrichtungen
- Veranstaltung Parlamentarischer Abende
- Partner der „Potsdamer Köpfe“ und des „Businessplan-Wettbewerbs“
- Geschäftsstelle am GFZ (bis November 2014)



Wesentliche Kooperationspartner des GFZ im Land Brandenburg

Universitäten, Fachhochschulen

- BTU Cottbus-Senftenberg
- Fachhochschulen Potsdam, Eberswalde und Brandenburg
- Filmuniversität Potsdam Babelsberg Konrad Wolf
- Universität Potsdam

Forschungseinrichtungen

- AIP Astrophysikalisches Institut Potsdam
- AWI Alfred-Wegener-Institut
- DWD Deutscher Wetterdienst Potsdam
- HPI Hasso-Plattner-Institut
- IASS Institute for Advanced Sustainability Studies
- IGB Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei
- IHP Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik
- IRS Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung
- MPI für Gravitationsphysik
- PIK Potsdam Institut für Klimafolgenforschung
- ZALF Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung

Wesentliche Kooperationspartner des GFZ im Land Brandenburg (2)

Öffentliche Hand

- MWFK Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- MWE Ministerium für Wirtschaft und Energie
- LBGR Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg
- ProWissenschaft Potsdam e.V.
- ZAB Zukunftsagentur Brandenburg

Wirtschaft

- LUP Luftbild Umwelt Planung GmbH
- Vattenfall Europe Technology Research GmbH

Kooperation des GFZ mit Universitäten: Professuren

33 gemeinsame Berufungen

17 Univ. Potsdam

8 FU Berlin

1 HU Berlin

4 TU Berlin

1 BTU Cottbus-Senftenberg

1 RWTH Aachen

1 TU Braunschweig



Freie Universität Berlin



b-tu

Brandenburgische
Technische Universität
Cottbus - Senftenberg

RWTHAACHEN
UNIVERSITY



11 apl.-Professuren

4 Univ. Potsdam

4 TU Berlin

1 FU Berlin

1 TU Braunschweig

1 Ruhr Univ. Bochum

4 Honorarprofessuren

1 Univ. Potsdam

1 TU Berlin

1 Bauhaus-Univ. Weimar

1 Univ. of the Witwatersrand,
Johannesburg, Südafrika

1 Gastprofessur

Univ. of Johannesburg, Südafrika

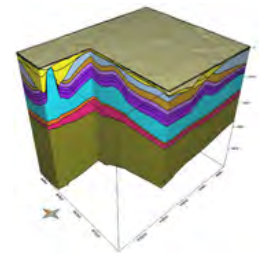
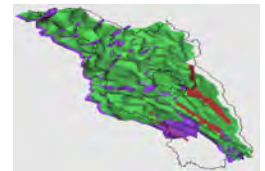
GFZ

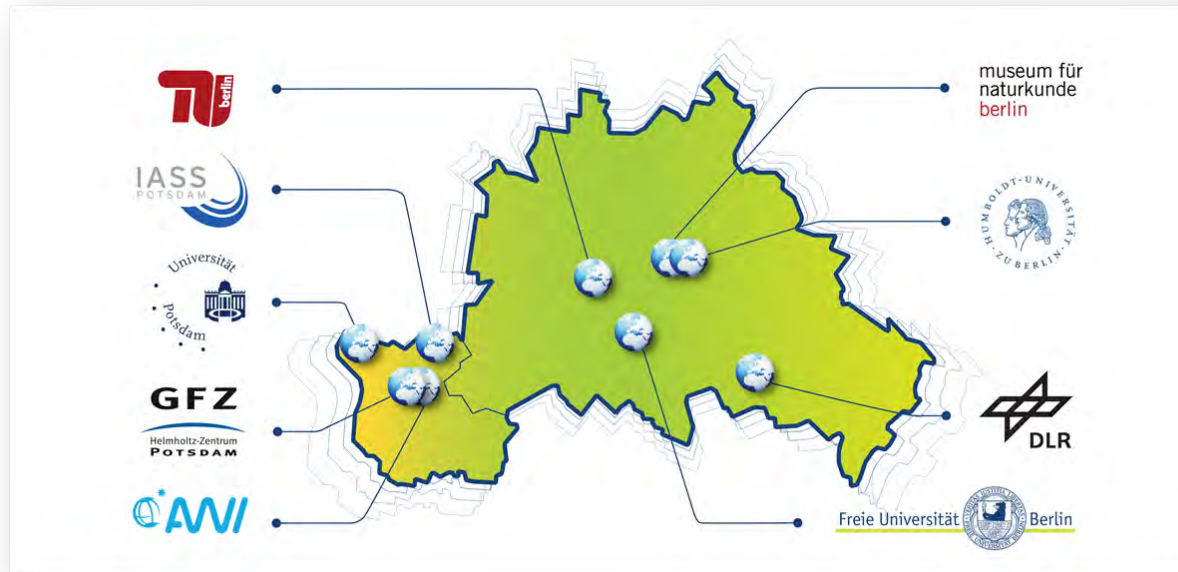
Helmholtz-Zentrum
POTS DAM

Geologisches 3D-Untergrundmodell von Brandenburg

Entwicklung einer Internetanwendung

- Untergrund des Bundeslands Brandenburg in digitaler 3D-Kartierung bis in eine Tiefe von 5000 m
- 2D/3D-Viewer für unterschiedliche geologische Datensätze
- Herunterladen von Originaldatensätzen
- Grundlage für Entscheidungs- und Planungsprozesse (unterirdische Raumordnung, Hydrogeologie, Lagerstättengeologie ...)
- Weiterentwicklung möglich z. B. für untertägigen Bergbau, die Ausweisung von Schutzzonen oder das Management von Naturkatastrophen





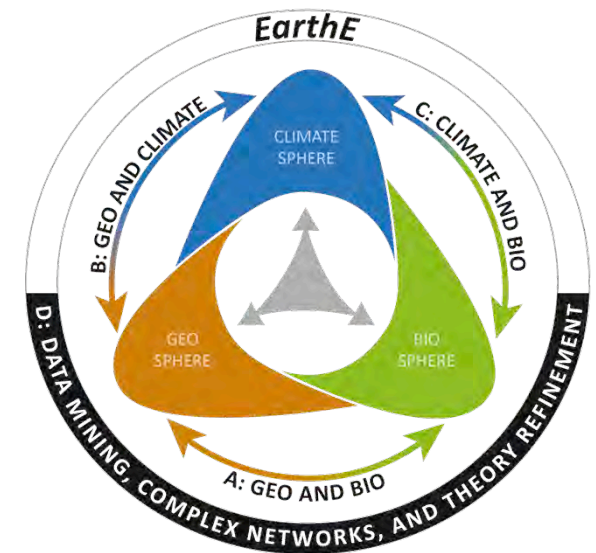
2,780 Mitglieder
3,350 Studierende der Geowissenschaften
820 Doktoranden
142 Professuren
37 Gemeinsame Berufungen

Exzellenzinitiative

EarthE: Critical Events in the Earth Environmental System

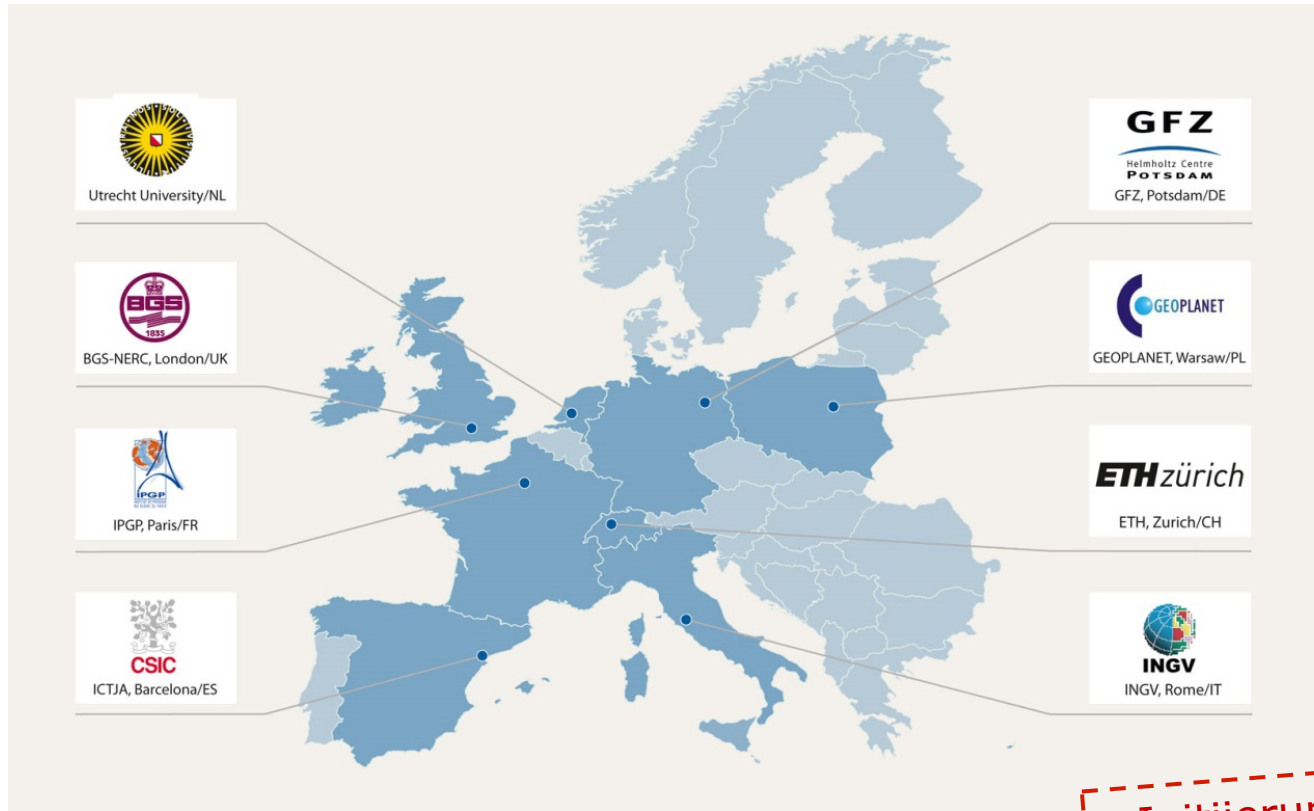
Antragstellung der Universität Potsdam für ein Exzellenzcluster

- Kombination der **Forschungsstärken (Geo-Bio-Klima)** des Standorts Potsdam
- **Interdisziplinäre Verknüpfung durch *Critical Events*** (z.B. Erdbeben, Feuer, Hochwasser)
- Erweiterung des Konzepts über die ökologischen Grenzen der Erde (**Planetary Boundaries**)



To gain a better understanding of the rapidly changing environmental conditions of the past, present, and future.

Geo.8 – European Alliance of Earth Science



- **Agenda setting** (Architektenrolle)
- **gemeinsame Infrastrukturen** (ggf. Pool)
- **gemeinsame Projekte** (v.a. EU)
- **Training & Nachwuchsförderung**

Initiierung und Koordination durch GFZ

Internationales Büro am GFZ

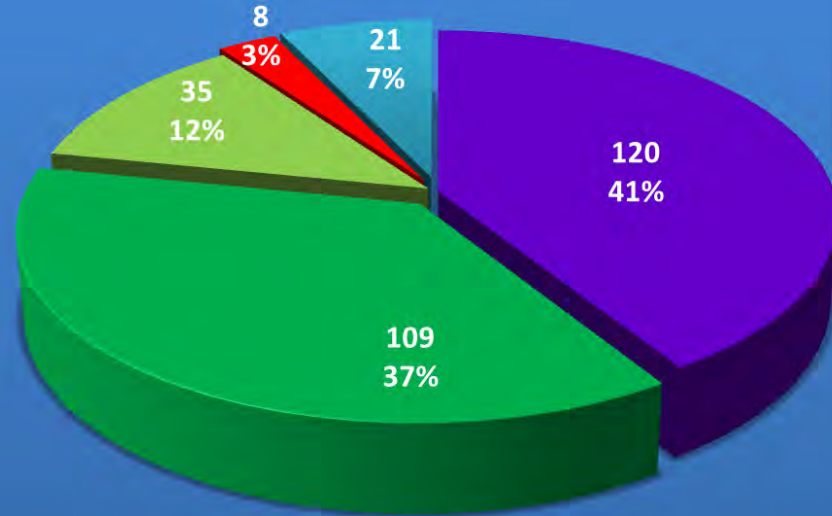
Das GFZ unterhält formelle Kooperationen mit 76 Ländern



Internationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

- aus 60 Ländern
- kontinuierlich steigende Zahlen: Indikator für zunehmende Internationalisierung
- starkes PhD- und PostDoc-Segment: Bestätigt GFZ-Strategie zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern

Internationale Mitarbeiter am GFZ
(Gesamt: 293)



TOP 6	
China:	42
Italien:	28
Iran:	18
Frankreich:	16
USA/Kanada:	15
Russland:	13

■ Senior Scientist
 ■ Doktoranden
 ■ PostDoc
 ■ Support*
 ■ Andere**

• Support: Management/Administration; Techniker; Sekretariate
 ** Andere: BSc/MSc-Studenten; Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte



GFZ erfolgreich im DFG-Wettbewerb „Internationales Forschungsmarketing“

Konzept des IB wurde am
16. Februar 2017 mit
100 000 € prämiert

Ziel: Nachhaltig den
internationalen Bekanntheitsgrad von GFZ und
Geo.X erhöhen (Geo-
Campus Potsdam-Berlin)

Zielregionen: Russland
sowie Mittlerer und Naher
Osten (Oman, Iran, Israel,
Jordanien, Palästina)

Zielgruppe: Nachwuchs-
wissenschaftler/innen

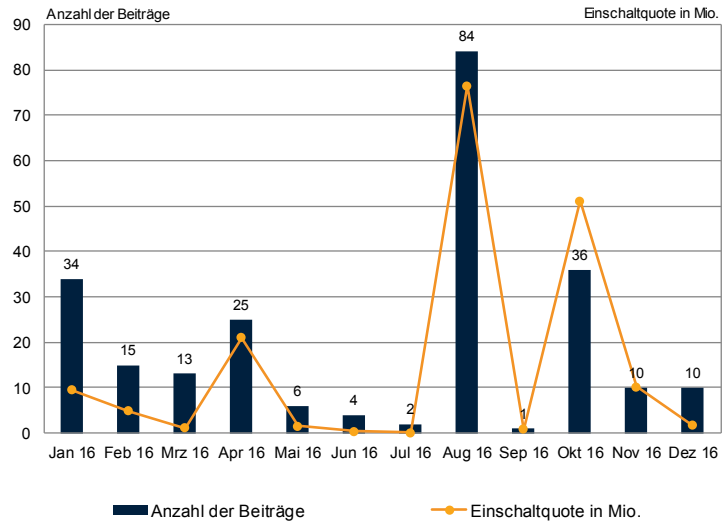
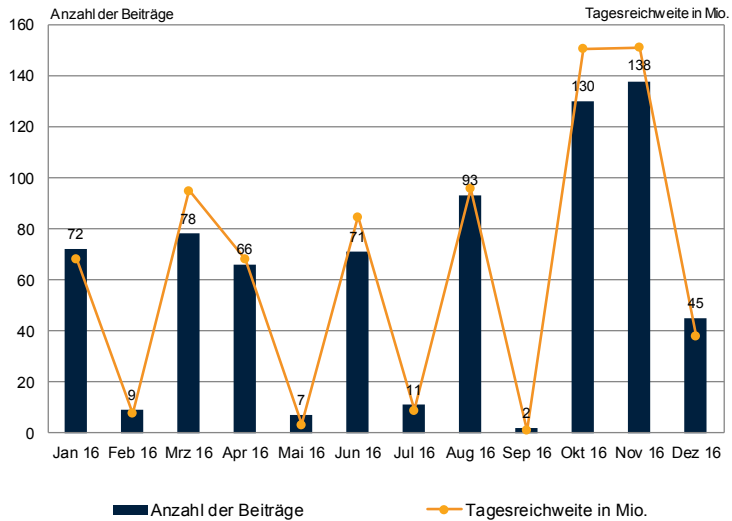
Maßnahmen: u.a.
gemeinsame Veranstaltungen mit den Deutschen
Botschaften in den
Zielländern



TV, Hörfunk, Print: Medienbilanz 2016

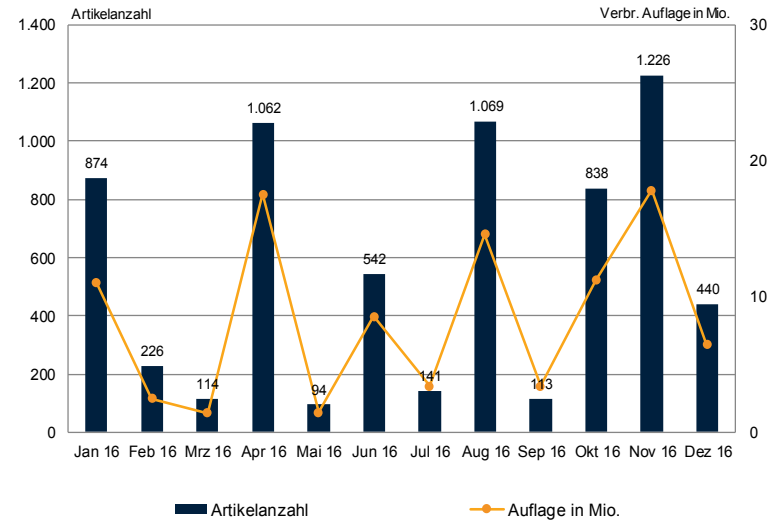
Summe: **290** Mio.
Zuschauer, Hörer,
Leser, nur Deutschland,
ohne Internet

Radio
n= 722
R= 121 Mio.



TV
n= 240
R= 70 Mio.

Print
n= 6739
R= 99 Mio.



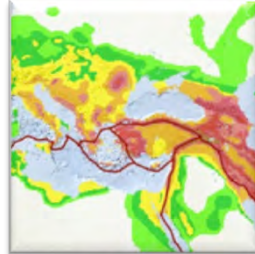
Technologietransfer am GFZ

Technologische Entwicklungsfelder

- Geoinformation/Geodaten
- Naturkatastrophen-Management
- Landnutzung
- Georessourcen
- Geotechnologien/Energie

Anwendungsbereiche, Wirtschaftsbranchen

- Raumplanung, Umweltmanagement
- Landwirtschaft
- Logistik, Versicherer, Rückversicherer
- Software, Geoinformation
- Energieproduktion und Verteilung, Rohstoffindustrie
- Mining, Erkundung, Geotechnik,
- wissenschaftlicher Gerätebau, Sensorik, Raumfahrt



Direkter Transfer in die Wirtschaft

Gründung einer Geo-
Verwertungsgesellschaft (in Planung)

Geodetic Observation Systems DIGOS
Potsdam (André Kloth, Jens Steinborn)

Water in petroleum systems – WIPS
Potsdam (Dr. Schulz)

Real-time microseismic monitoring fastloc
Potsdam (Prof. Dresen, Prof. Bohnhoff)

Ultra-compact recorder DATA CUBE
Potsdam (Dr. Schulze)

Geomonitoring and disaster early warning
Potsdam (Dr. Weber, Becker)

Laboratory for geoscientific preparation
Potsdam (Köhler)

Petroleum systems modelling and consulting
Michendorf (Prof. Horsfield, Prof. di Primio)

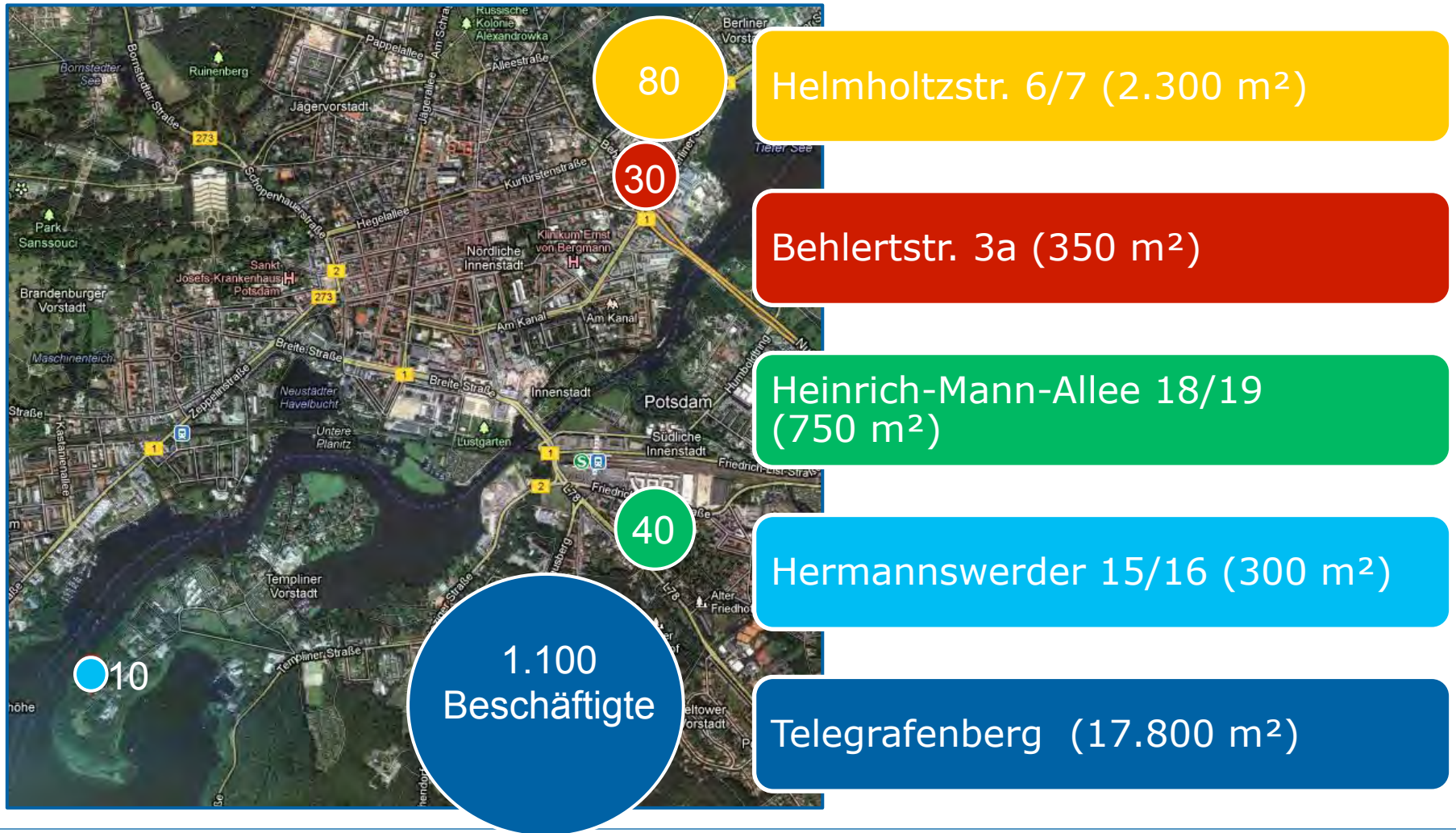
Geomechanical modelling
Potsdam (Prof. Dresen, Dr. Backers)

GFZ-Ausgründungen

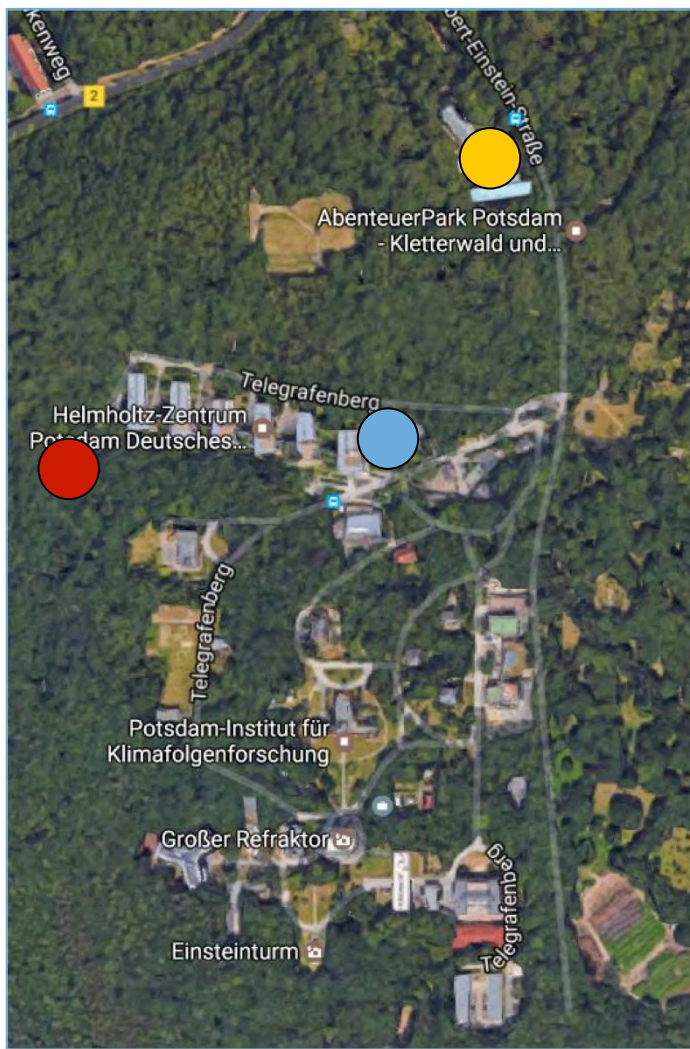


Insgesamt etwa 35 Mitarbeiter/innen; 2,8 Mio. EUR Jahresumsatz

Derzeitige Standorte des GFZ in Potsdam



Planungen Wissenschaftspark



Albert-Einstein-Straße, 2.231 m²

GeoBioLab, 1.500 m²

Nachfolgebau A43, 1.200 m²

Bauthemen

- Sehr hilfreiche Unterstützung durch das Land Brandenburg
 - Finanzierung (teilweise zu 100% durch das Land!)
 - Flächen (Weiterführung Liegenschaft Helmholtz-Straße 6/7)
- Bauplanerisch schwierige Situation auf dem Telegrafenberg
- Zusammenarbeit mit Potsdamer (Bau-)Behörden konstruktiv und eng, manchmal kompliziert im Detail und langwierig

Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft
der Stadtverordnetenversammlung

über 24

Mitteilung zur DS 17/SVV/0014
Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam (OT Golm)
Hier: Geschäftsordnungsantrag zur DS 17/SVV/0014 vom 20.04.2017, TOP 4.1

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Geschäftsordnungsantrag vom 20.04.2017, TOP 4.1 wird mitgeteilt, dass die Verwaltung (Geschäftsbereich 4) die Universität Potsdam zu der DS 17/SVV/0014 befragen und das Votum zum Ursprungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie auch dem Ergänzungsantrag der Fraktion SPD einholen wird.

Da auch innerhalb der Universität eine verwaltungsinterne bzw. fakultätsübergreifende Befassung mit diesem Thema notwendig ist, wird eine Rückmeldung bis zum 15.05.2017 nicht möglich sein. Als Termin für eine Rückäußerung der Universität wird daher der 31.05.2017 genannt. Sofern sich die Universität Potsdam bis dahin äußert, wird der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft in seiner Juni-Sitzung über das Votum informiert.

Hinsichtlich des Ursprungsantrages wird mitgeteilt, dass die Verwaltung der Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße weiterhin ablehnend gegenübersteht. Begründet wird dies damit, dass der Ortsbeirat Golm bereits in seiner Sitzung am 23.02.2017 die vorgeschlagene Umbenennung einstimmig abgelehnt hat. Zudem gibt es aus ordnungsrechtlichen Gründen keinen Anlass für eine Umbenennung - auf die Stellungnahmen des GB 4 vom 18.01.2017 sowie 08.02.2017 wird Bezug genommen.

Seitens der Verwaltung (GB 4) wird daher der von der Fraktion SPD eingebrachte Änderungsantrag vom 16.02.2017 befürwortet und inhaltlich bestätigt. Ziel sollte es sein, eine Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße zu vermeiden und stattdessen die bisher unbenannten Betriebsstraßen auf dem Campus der Universität in sinnvolle Straßenabschnitte zu gliedern und zu benennen, damit darauf aufbauend eine nachvollziehbare und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit genügende Hausnummerierung vorgenommen werden kann.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Loyal-Wieck von meinem zuständigen Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Goetzmann

für den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0403

öffentlich

Betreff:

Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 14.06.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

06.07.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen für Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge in Potsdam einzurichten.

Der Expertenbeirat soll erfassen:

- von welchen Trägern Deutschunterricht für Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge,
- in welchem Umfang (Kapazität) Unterricht, differenziert nach Zielgruppen (Nationalitäten, Muttersprachen, Altersgruppen, Geschlecht und Unterbringungsart) und
- in welcher Qualität bzw. mit welcher Zielsetzung (Kompetenzniveau) Sprachunterricht angeboten wird.

Er soll Standards für unterschiedliche Kompetenzniveaus formulieren und die praxisbezogene Umsetzung des wissenschaftlichen Forschungsstands im Bereich Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache fördern.

Zu seinen Aufgaben gehört die Sicherung der Qualität der angebotenen Kurse durch Beratung der Träger und Lehrkräfte.

Er soll durch Beratung der Träger auch für eine sachgerechte Honorierung der Lehrkräfte und eine angemessene Vergütung ehrenamtlicher Tätigkeit sorgen.

Der Beirat soll aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Bereich Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache, Vertretern von Anbietern und Trägern sowie der Verwaltung bestehen.

Der Beirat soll unabhängig und ehrenamtlich arbeiten. Die Ergebnisse seiner Arbeit sind öffentlich.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die aktuelle Situation der Deutschkurse für Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge in Potsdam ist geprägt durch eine Vielzahl von Angeboten, die seit Herbst letzten Jahres aus der Notwendigkeit geboren wurden, der großen Zahl von Asylsuchenden möglichst schnell die ersten Schritte in eine ihnen unbekanntere sprachliche Umgebung zu ermöglichen und so den Zugang zu einer ihnen fremden Gesellschaft und Kultur zu öffnen. Neben den bestehenden Strukturen der Sprachvermittlung für Migranten entwickelte sich ein mit viel Engagement und Improvisation von Ehrenamtlichen getragenes, vielfältiges Angebot an Deutschkursen für Asylsuchende.

Jetzt, wo allorts Erfahrungen gesammelt und Unterrichtsstrukturen stabilisiert wurden, zahlreiche Vernetzungsaktivitäten gestartet wurden, und sich die Aufgabe stellt, Asylbewerber mit und ohne Aufenthaltsstatus bei der Verbesserung der Sprachkompetenz auf längere Sicht zu unterstützen, ist die Zeit, Stärken und Schwächen des Sprachunterrichts für Asylsuchende zu analysieren, ihn an sich verändernde Lebenssituationen der Asylbewerber anzupassen und auf eine qualitativ gute, auf eine längere Perspektive hin ausgerichtete Grundlage zu stellen.

Typisch ist nach wie vor ein starkes Engagement sowohl von institutionellen Anbietern/Trägern, als auch von Ehrenamtlichen/Freiwilligen. Unterrichtsstrukturen haben sich stabilisiert. Zur Anwendung kommen neben kommerziellen häufig auch selbst er-stellte Unterrichtsmaterialien. Fachlich nicht vorgebildete Lehrkräfte professionalisieren ihre Arbeit praxisorientiert. Anbieter und Praktiker vernetzen ihre Tätigkeit, zunehmend auch mit den fachlich zuständigen Einrichtungen der Universität Potsdam. Zwischen Sprachlehrenden und Kursteilnehmern entstehen soziale Bindungen; interkulturelle Aktivitäten (Musik, Theater etc.) unter Einbeziehung von Kultureinrichtungen wachsen. Charakteristisch ist aber auch, dass keine hinreichende Klarheit über die Ziele des Sprachunterrichts für unterschiedliche Niveaus und das dafür notwendige Curriculum besteht und die notwendige Differenzierung der Angebote nach Alphabetisierungsgrad, Herkunftssprache und Familiensituation der Kursteilnehmer an Schranken der räumlichen und personellen Ressourcen stößt.

Unbefriedigend ist auch die fehlende Zertifizierung der Lernerfolge, vor allem bei Angeboten von Freiwilligenorganisationen, ebenso die mangelnde Verbindlichkeit der Teilnahme an den Kursen mit der Folge fluktuierender und inhomogener Lerngruppen. Das gilt auch für die unzureichende praxisbegleitende methodische, didaktische und pädagogische Weiterbildung der Lehrkräfte. Als nachteilig erweist sich auch das Nebeneinander von bezahlten und unbezahlten Lehrkräften und die teilweise mangelhafte Vergütung von Honorarkräften.

Fehlende Angebote für Asylbewerber, die auf die Integrationskurse der BAMF warten und fehlende Angebote für Asylbewerber aus 'sicheren Herkunftsländern' bzw. mit 'schlechter Bleibeperspektive', für die keine staatlich geförderten Sprachkurse angeboten werden (z.B. aus Afghanistan, Pakistan,...), sowie fehlende Angebote für Asylbewerber, die nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften wohnen (Ende der Zuständigkeit institutioneller Träger) erweisen sich ebenfalls als großer Nachteil.

Zu überwinden sind auch Schwierigkeiten bei der Realisierung von Sprachunterricht für Familien (Aktivierung der Frauen, Betreuung der Kinder) und fehlende (fach)sprachliche Betreuung von Asylbewerbern, die sich in Ausbildungs- oder Arbeits-verhältnissen befinden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0014

öffentlich

Betreff:

Umbenennung der Karl-Liebnecht-Straße in 14476 Potsdam

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 06.01.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
25.01.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Karl-Liebnecht-Straße in 14476 Potsdam wird umbenannt in

- Marie-Curie-Straße
- oder
- Sofja-Kowalewskaja -Straße.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dazu ein Votum des Akademischen Senats und des Präsidiums der Universität Potsdam einzuholen und den Stadtverordneten bis Ende März 2017 zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin: 05.04.2017

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

In Potsdam gibt es derzeit zwei Straßen, die den Namen Karl-Liebknecht-Straße tragen: einmal in Babelsberg (14482) und einmal in Potsdam-Golm (14476). Das führt insbesondere bei neuen Studierenden aber auch bei Gästen der Wissenschaftseinrichtungen in Golm regelmäßig zu Verwirrungen.

Hauptanrainer der Karl-Liebknecht-Straße in Potsdam-Golm ist die Universität Potsdam. Hier sind insbesondere die Mathematik, Naturwissenschaften und Kognitionswissenschaften untergebracht; hier bestehen enge wissenschaftliche Kooperationen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort Golm, die ebenso in naturwissenschaftlichen Forschungsfeldern arbeiten. Eine Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in Marie-Curie-Straße oder Sofia Kowalewskaja-Straße trägt damit der 25-jährigen Entwicklung zu einem national und international hoch beachteten Wissenschaftsstandort Rechnung.

Die Entscheidung darüber, ob die Straße nach der zweifachen Nobelpreisträgerin Marie Curie oder nach der Mathematikerin Sofia Kowalewskaja benannt wird, sollte unter Mitwirkung des Akademischen Senats und des Präsidiums der Universität Potsdam erfolgen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0014

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Betreff: Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam

Erstellungsdatum 14.02.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
16.02.2017	Kulturausschuss	X	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung die Ds 17/SVV/0014 in folgender Neufassung beschließen:

Die Karl-Liebknecht-Straße im Ortsteil Golm wird unbenannt in

Karl-Liebknecht-Chaussee.

Begründung:

Derzeit gibt es in Potsdam zwei Straßen, die den Namen Karl-Liebknecht-Straße tragen. Es erscheint aber nicht schlüssig, die Straße im Ortsteil Golm umzubenennen, da die Benennung aufgrund eines historischen Bezuges erfolgte. Am 31.10.1910 sprach Karl Liebknecht in Golm über den Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht.

Nach der demokratischen Revolution 1848/49 führte König Friedrich Wilhelm IV. für die preußischen Abgeordnetenhauswahlen das Dreiklassenwahlrecht ein. Die Wähler erhielten ein nach ihrer Steuerleistung in drei Abteilungen abgestuftes Stimmengewicht. Das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus war angelehnt an das in der Rheinprovinz seit 1845 auf kommunaler Ebene geltende Dreiklassenwahlrecht. Bei Kommunalwahlen in Essen führte dieses dazu, dass Alfred Krupp allein ein Drittel der Mitglieder des Stadtrates bestimmte. Das preußische Dreiklassenwahlrecht wurde während seiner Gültigkeit von fortschrittlichen Kräften entschieden kritisiert und mit dem Ende der Monarchie abgeschafft.

Um die Namensgleichheit mit der Straße in Babelsberg aufzuheben und Verwechslungen zu vermeiden, schlagen wir daher eine Benennung vor, die den Namen Karl Liebknecht beibehält, aber dennoch für eine eindeutige Unterscheidung sorgt.

gez. Julia Laabs und Christian Kube
Fraktionsvorsitzende



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0014

 öffentlich**Einreicher: David Kolesnyk, SPD-Fraktion****Betreff: Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam (OT Golm)**

Erstellungsdatum 16.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	x	
16.02.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungsvorschlag:

Der Oberbürgermeister soll prüfen, inwieweit eine Benennung der Straßen auf dem Universitätsgelände möglich ist. Die Universität müsste in diesem Zusammenhang in jedem Falle selbst die Kosten für Änderungen von Visitenkarten, Briefbögen und ähnlichem tragen. Entsprechende Gespräche mit der Universität sollen geführt werden.

Begründung:

Bei Umbenennung der gesamten Straße sind auch Haushalte betroffen, die selbst überhaupt kein Problem mit der derzeitigen Bezeichnung haben. Um unnötigen Aufwand und Unstimmigkeiten zu vermeiden, scheint es zielführender, wenn bisher unbenannte Straßen auf dem Universitätsgelände mit Namen versehen werden. Dann kann die Universität selbst in Zukunft auf diese Adressen verweisen. Zu klären ist jedoch, dass die Landeshauptstadt Potsdam dadurch keine Kosten durch Neubeschriftungen und ähnliches tragen muss.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0161

öffentlich

Betreff:

Evaluation im Potsdam Museum

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teile der Dauerausstellung des Potsdam Museums, die die Zeit von 1933 bis 1945 und von 1945 bis 1990 gewidmet sind, zu evaluieren und auf dieser Grundlage neu zu konzipieren.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2017 dazu ein Sachstandsbericht zu geben.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Einschätzungen des Museumsverbandes haben auch kritische Aspekte zur Dauerausstellung zu diesen Zeiten aufgeworfen. Überlegungen aus im Potsdam Museum stattgefundenen Konferenzen und neue Forschungsergebnisse können in eine Weiterentwicklung der Gesamtausstellung, insbesondere für die NS-Zeit und die Zeit in der DDR eingebracht werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0348

öffentlich

Betreff:

Aufnahme von Marie Kunert in den Straßennamenpool

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 04.04.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Name Marie Kunert soll in den Straßennamenpool aufgenommen werden.

gez. P. Heuer
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Marie Kunert, geborene Marie Bombe, wurde am 20. Mai 1871 als ältestes von sechs Kindern als Tochter eines Lehrers in Berlin geboren. Trotz der finanziellen Not der Familie nach dem Tod des Vaters konnte sie mit Hilfe eines Stipendiums eine Ausbildung zur Lehrerin absolvieren und bestand im Alter von nur 19 Jahren das Examen.

Ein Jahr später heiratete sie den Sozialdemokraten Fritz Kunert (1850-1932), der bereits im August 1914 im Reichstag den Kriegskrediten seine Zustimmung versagte. Sie unterstützte seine Tätigkeit als Redakteur des *Vorwärts* durch Übersetzungen und journalistische Arbeiten. Viele ihrer Artikel erschienen in der „Gleichheit“, einer proletarisch-feministischen Zeitschrift, 1892-1923, unter anderem zum Problem der Kinderarbeit und zu Fragen der Sozialhygiene

Ab 1920 war sie, deren Vorträge und Schriften in Kreisen der Arbeiterbewegung viel Beachtung fanden, Mitglied des preußischen Landtags; zunächst für die USPD, ab 1922 für die SPD. Dort beschäftigte sie sich hauptsächlich mit Problemen der Gesundheit und war maßgeblich an der Verabschiedung des Hebammengesetzes, des Tuberkulosegesetzes und des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beteiligt.

1930 entsandte sie der Wahlkreis Potsdam II als Kandidatin der SPD in den Reichstag, wo sie bis 1933 als Abgeordnete u.a. im Ausschuss für die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Strafrechts sowie im Ausschuss für Sozial- und Bevölkerungspolitik tätig war und sich für die Interessen ihres Wahlkreises einsetzte.

Obwohl sie bei der Reichstagswahl im März 1933 wiedergewählt wurde, entschloss sie sich aufgrund des politischen Drucks noch im Jahr 1933 zur Emigration in der Schweiz, wo sie sich unterstützt vom Schweizer Hilfswerks bis zu ihrem Tod im Jahre 1957 als Schriftstellerin und engagierte Korrespondentin an politischen Auseinandersetzungen beteiligte.

Frauen, verteidigt eure Rechte!

Am Donnerstag, dem 2. März, abends
8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

große Wahlkundgebung aller republikanischen Frauen

Es spricht: Frau **Marie Kunert**, M. d. R., Berlin

Thema: **Was haben die Frauen von der
Regierung Papen-Hitler-Hugen-
berg zu erwarten?**

Reichsbannerkapelle und Arbeitersänger wirken mit
SPD.-Frauen Lübecks

(Angaben basieren auf: Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus, S. 174, Hannover 1960/wikipedia 11.4.2017/Christel Wickert: Unsere Erwählten Band 2, S. 169, Göttingen 1986 Einige ihrer Artikel finden sich auch in: Werner Lesanovsky (Hg.): Den Menschen der Zukunft erziehen. Dokumente)



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0370

Betreff:

öffentlich

Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Erstellungsdatum 13.04.2017

Eingang 922: 13.04.2017

Beratungsfolge:	Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung		
03.05.2017		
Gremium		
Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Nachdem die Prüfung einer mehrteiligen bzw. multifunktionalen Nutzung – mit konzeptioneller Neuausrichtung- der Biosphäre (Varianten 7 A, 7 B, 7 C 1 und 7 C 2) entsprechend der beigefügten fortgesetzten Variantenuntersuchung auch im Vergleich zu den Varianten 1, 3 und 4 keine Reduzierung der wirtschaftlichen Belastung der LHP ergeben hat und der Abriss der Biosphärenhalle ausscheidet, wird der Oberbürgermeister zur Gewährleistung der längerfristigen, dauerhaften, kostenminimierenden und wirtschaftlichen Betreuung der Biosphärenhalle beauftragt und bevollmächtigt, kurzfristig unter Einhaltung der vergaberechtlichen und beihilferechtlichen Bestimmungen ein **erneutes Verfahren zur EU- weiten Ausschreibung für die Nachnutzung der Biosphäre als Tropenhalle in modifizierter Form (Variante 1)** unter folgenden Bedingungen durchzuführen:
 - (1) Voranstellen eines Teilnahmewettbewerbs, um schnell und kostengünstig zu klären, ob es überhaupt Bewerber für das Projekt gibt.
 - (2) Zweckgebundene Betreuung auf eigenes wirtschaftliches Risiko des Betreibers für mindestens 20 Jahre
 - (3) Jährlicher städtischer Zuschuss, der mit fortschreitender Rentabilität nachhaltig gesenkt werden soll, ohne den Investitionshaushalt der LHP zu belasten
 - (4) Übertragung der Halle auf die Betreibergesellschaft mit Herauslösung aus dem Treuhandvermögen und Sicherung gegen Grundstücksspekulationen durch Vorgabe der Nutzung für touristische Infrastruktur
 - (5) Vermeidung steuerrechtlicher Nachteile für die LHP
 - (6) Sozialverträgliche Lösung mit Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze
2. Im Falle eines erfolglosen Verlaufs des Teilnahmewettbewerbs bzw. des Vergabeverfahrens (im Rahmen des vorgenannten zweistufigen EU-weiten Ausschreibungsverfahrens) zu Ziff. 1 wird der Oberbürgermeister beauftragt und bevollmächtigt, die **Biosphäre Potsdam GmbH** mit der langfristigen, dauerhaften, kostenminimierenden und wirtschaftlichen **Nachnutzung und Betreuung der Biosphäre als Tropenhalle in modifizierter Form (Variante 1)** unter den im Beschlusspunkt zu Ziffer 1. vorgenannten gleichlautenden Bedingungen in Inhalt und Umfang der Ausschreibung zu **beauftragen** und die hierfür erforderlichen Verträge nach den Maßgaben unter Ziffer 1. abzuschließen.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Finanzielle Auswirkungen? Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:**

- Der Finanzbedarf ab 2018 ff. ist abhängig davon, ob die EU-weite Ausschreibung zur langfristigen, dauerhaften, kostenminimierenden und wirtschaftlichen Nachnutzung und Betreuung der Biosphäre als modifizierte Tropenhalle (Variante 1) erfolgreich verläuft oder ob die Biosphäre Potsdam GmbH zur Nachnutzung und Betreuung der Biosphäre als modifizierte Tropenhalle unter den im Beschlusspunkt zu Ziffer 1. genannten gleichlautenden Bedingungen der Ausschreibung entsprechend Beschlusspunkt zu Ziffer 2. zu beauftragen ist.
- Wie der Übersicht zur Variante 1 für die modifizierte Tropenhalle auf Seite 15 der erweiterten Variantenuntersuchung und der Gesamtübersicht der Varianten 1, 3, 4, 7 A, 7 B, 7 C 1 und 7 C 2 zur Nachnutzung Biosphärenhalle zu entnehmen ist, würde sich ein Zuschuss von rd. € 1.600.000 (netto) bzw. rd. € 1.900.000 (brutto) - nach Reattraktivierung und Durchführung der Baumaßnahmen in Höhe von € 3.272.000 und Sanierung der Gebäudehülle in Höhe von € 6.500.000 unter Einbeziehung der Instandhaltungsrücklage - ergeben.
- Für das Jahr 2018 ff. wird nach den belegten Größenordnungen und Ergebnissen der fortgesetzten Variantenuntersuchung unter dem Produkt 5730201 Biosphärenhalle für die Betreuung und Nachnutzung der Biosphärenhalle ein **jährlicher Zuschuss in Höhe von € 1.904.000 (brutto) im Haushalt ab 2018 ff. notwendig.**
- Ferner sind im Produkt 5730201 Biosphärenhalle weiterhin im Haushalt ab 2018 ff. die Rückstellungen in Höhe von € 3.000.000 für strittige Baukosten (einbehaltene Honorare) aus dem weiterhin anhängigen Klageverfahren gegen die ARGE Biosphäre BUGA Potsdam (6 O 128/06) sowie für die Gebäudeunterhaltung von € 353.000 unter weiterer Einbeziehung des vorgenannten jährlichen Zuschusses von € 1.904.000 für die Betreuung und Nachnutzung der Biosphäre zu berücksichtigen.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
1	0	3	3	0	150	sehr große

Begründung:**1. Ausgangslage**

Der Hauptausschuss hat am 21.01.2015 und am 13.07.2016 insbesondere unter Berücksichtigung des vorgenannten Beschlusses und der Fördermittelbindung folgende Entscheidungen auf der Grundlage umfangreicher Variantenuntersuchungen getroffen:

- die Nutzung als modifizierte Tropenhalle (Variante 1) bzw. als soziale Infrastruktureinrichtung (Variante 3) bzw. der Abbruch und Verkauf (Variante 5) wird zurückgestellt
- eine private Schulnutzung mangels Berücksichtigung im Schulentwicklungsplan wird nicht mehr weiter verfolgt (Variante 6)
- der Verkauf der Biosphärenhalle, einschließlich Grundstück oder Einräumung eigentumsähnlicher Rechte wird zunächst nicht weiterverfolgt (Variante 2)
- eine öffentliche Schulnutzung mit Sporthalle und Jugendfreizeiteinrichtung wird bis Ende des Jahres 2016 bis zum Vorliegen einer weiteren Untersuchung zurückgestellt (Variante 4)

Ferner hat der Hauptausschuss den Oberbürgermeister am 13.07.2016 (DS 16/SVV/447) beauftragt, die **Mehrteilige bzw. multifunktionale Nutzung - mit konzeptioneller Neuausrichtung (Variante 7 – insbesondere wie folgt zu prüfen**, um die wirtschaftliche Belastung der LHP zu reduzieren:

- Integration des Naturkundemuseums in die Halle mit
 - ergänzender touristischer Nutzung, ergänzender Bildungseinrichtung,
 - ergänzender Wissenschaftseinrichtung oder Einrichtung eines überregionalen schulischen Lernorts in Kooperation mit dem Land Brandenburg
 - Umnutzung/ Verkauf des Objekts Breite Straße 13
- Nutzung als Sportinfrastruktureinrichtungen
 - Erweiterung der Halle zur Herstellung einer Dreifeld-Sporthalle
- Errichtung einer Jugendfreizeiteinrichtung als zusätzliche kommunale Nutzung
- Schaffung zusätzlicher kommerziell ergänzender Nutzungsinfrastruktur insbesondere
 - Verpachtung Restaurant,
 - Mehrzwecknutzung Orangerie (Versammlungen, Kino Theater, Bürgertreff)
 - Sauna, Fitness, Wellness

Die Prüfung und konzeptionelle Neuausrichtung der vorgenannten **Variante 7** erfolgt insbesondere unter folgenden Maßgaben:

- Einbeziehung insbesondere der touristischen Infrastrukturförderung und energetischen Förderung (wie z.B. RENplus, GA/touristische Infrastruktur) in Abstimmung mit der ILB
- Einbeziehung aller denkbaren Fördermöglichkeiten in Abstimmung mit den jeweils hierfür zuständigen Dienststellen des Landes Brandenburg
- Reduzierung des Gesamtzuschusses der LHP durch Synergieeffekte durch Integration und Neuausrichtung bestehender Zuschusseinrichtungen (z.B. durch gemeinsame Betreibung der touristischen Nutzung Biosphäre mit derzeitigem Zuschuss von Mio. € 1,5 und Naturkundemuseum mit derzeitigem Zuschuss von Mio. € 1,3).
- Integration der ohnehin zu errichtenden Jugendfreizeiteinrichtung sowie ggf. weiterer an anderer Stelle zu schaffender städtischer Einrichtungen

Die Prüfungsergebnisse zur vorgenannten Variante 7 werden nunmehr im Vergleich zu den Varianten 1, 3 und 4 dem Hauptausschuss zur weiteren Richtungsentscheidung über die Nachnutzung vorgelegt.

2. Ergebnisse zur Nachnutzung der Biosphäre

- **Mehrteiligen bzw. multifunktionale Nutzung mit konzeptioneller Neuausrichtung der Biosphäre gemäß Variante 7 (mit Untervarianten 7 A, 7 B, 7 C 1 und 7 C 2**

Die mit der Beschlussvorlage 16/SVV/447 **vorgestellte Variante 7 – Mehrteilige bzw. multifunktionale Nutzung mit konzeptioneller Neuausrichtung** ist in mehreren Untervarianten geprüft worden und folgende Nutzungen wurden daraufhin untersucht. Um diese nachstehenden Varianten zu ermöglichen, müsste die Halle unterschiedlich umgebaut bzw. entkernt werden. Darüber hinaus würden umfangreiche Sanierungsarbeiten anfallen.

- Variante 7 A – Modifizierte Tropenhalle mit Naturkundemuseum und JuFr

Zusätzlich zur Biosphärennutzung in der Tropenhalle werden ein Jugendclub und das Potsdamer Naturkundemuseum in das Bestandsgebäude integriert. Der Jugendclub wird im jetzigen Bürobereich EG angesiedelt. Er erhält einen separaten Zugang über den südlichen Anlieferbereich. Die entfallenden Büros werden auf der Emporenfläche des bestehenden Shops integriert. Das Potsdamer Naturkundemuseum wird als In-Haus Konzept in die Orangerie eingebaut. Die Räumlichkeiten sind auf zwei Ebenen um einen zentralen Hof angeordnet. Um die neuen Nutzungen zu ermöglichen sind folgende Entkernungsmaßnahmen notwendig:

In der Orangerie wird der nördliche innere Wall entfernt. Für das Aquarium des Naturkundemuseums sind Technikflächen im südlichen Wall umzubauen. Für den Jugendclub ist die vorhandene Bürofläche incl. der Wände auszubauen. Die graphische Darstellung des Umbaus, der konkrete Raumbedarf und das Investitionsvolumen dieser Variante 7 A sind den Seiten 6 und 7 der beigefügten fortgesetzten Variantenuntersuchung zu entnehmen.

Wie der Übersicht zur Variante 7 A auf Seite 16 der erweiterten Variantenuntersuchung ferner zu entnehmen ist, kann der Entfall der Eventumsätze von rd. € 632.000 (Stand 2015) durch die prognostizierten Synergieeffekte in Höhe von rd. € 300.000 nicht kompensiert werden und führt zu einem Anstieg des Zuschusses auf rd. € 3.145.000 (netto) bzw. rd. € 3.740.000 (brutto). Daneben bestehen bei der Bemessung des Zuschusses (insbesondere auch aufgrund der langen Laufzeit) Risiken bei der Entwicklung der Besucherzahlen, bei evtl. auftretenden weiteren Baumängeln sowie bei der Entwicklung der Betriebskosten und anderer Kosten.

- Variante 7 B – Naturkundemuseum und JuFr

Die Nutzung der Biosphäre als Tropenhalle wird aufgegeben. Das Gebäude wird zukünftig für einen Jugendclub, eine kleine Schwimmhalle und ein Naturkundemuseum genutzt. Der Jugendclub wird im nicht mehr notwendigen Bürobereich der Biosphäre angeordnet. Die Außenfläche wird im Bereich des südlichen Anlieferungsbereiches zur Verfügung gestellt.

Die Schwimmhalle wird im Bereich der Orangerie vorgesehen. Hierzu ist der Einbau einer zweiten Ebene notwendig, um ein Schwimmbecken einbauen zu können. Das Naturkundemuseum wird in die Tropenhalle eingebaut. Blackboxes werden in den bestehenden schrägen Ebenen so angeordnet, dass ein spannungreiches Raumerlebnis entsteht.

Als Entkernungsmaßnahmen ist in der Orangerie der komplette innere nördliche Wall zu entfernen. Weiterhin muss die Orangeriefläche durch Entfernung des U-Boot Bereiches incl. des dem Café vorgelagerten Wasserbeckens erweitert werden. In der Tropenhalle incl. der angrenzenden Technikflächen sind alle zur Biosphären Nutzung notwendigen Einbauten zu entfernen. Für den Jugendclub ist die vorhandene Bürofläche zu entkernen.

Die graphische Darstellung des Umbaus, der konkrete Raumbedarf und das Investitionsvolumen dieser Variante 7 B sind der beigefügten fortgesetzten Variantenuntersuchung auf den Seiten 8 und 9 zu entnehmen.

Wie der Übersicht zur Variante 7 B auf Seite 16 der erweiterten Variantenuntersuchung ferner zu entnehmen ist, werden die nutzungsspezifischen Umsätze aller Voraussicht nach die zusätzlichen zu berücksichtigenden Aufwendungen nicht decken und das negative Betriebsergebnis (in Form des Basiszuschusses) wird sich weiter erhöhen und der Zuschuss wird größer als € 1.913.741 (netto) bzw. größer als € 2.280.000 (brutto) ausfallen. Aufgrund der Höhe der erforderlichen nutzungsspezifischen Investitionen von € 13.010.750, der Höhe der Betriebskosten und den zu erwartenden nutzungsabhängigen Einnahmen, kann prognostiziert werden, dass ein Betrieb der Halle in der Variante 7 B einen Anstieg des Zuschusses in der vorgenannten Höhe zur Folge hat.

Weitere Untersuchungen zur Konkretisierung der Betriebskosten, zur Ermittlung der nutzungsabhängigen Kosten und Erstellung von Umsatzprognosen sind daher im Rahmen des Variantenvergleichs für diese Variante entbehrlich und aus Kostengründen nicht zu empfehlen.

- Variante 7 C 1 – Mehrzwecksporthalle, Beachvolleyballhalle, Fitnessstudio, JuFr

In Variante C1 wird die Biosphärenhalle in ein vielfältiges Sportzentrum mit 3-Feldhalle, Beachvolleyballhalle, Kletterpark, Fitnessstudio und Jugendclub umgebaut.

Auch hier wird der Jugendclub in den bestehenden Büroflächen integriert. Die 3-Feld-Mehrzwecksporthalle wird durch die Umnutzung und Erweiterung der Orangerie ermöglicht.

Im Bereich der Tropenhalle werden die Beachvolleyballplätze und ein Kletterpark eingebaut. Um den Beachvolleyballern auch Turniere zu ermöglichen wird das Eingangsfoyer zu einem Beachvolleyball Center Court umgebaut. In den Technikflächen des Südwalls wird das Fitness-Studio eingebaut. Für das Nutzungskonzept müssen umfangreiche Entkernungsmaßnahmen erfolgen. Im Bereich der Orangerie sind alle Erdwälle rückzubauen. Der komplette Zwischenbau Orangerie/Tropenhalle ist zu entkernen. In der Tropenhalle sind alle Einbauten der Biosphäre auszubauen. Weiterhin ist der komplette Shopbereich incl. der eingestellten Empore zu entfernen. Für den Jugendclub ist die vorhandene Bürofläche zu entfernen.

Die graphische Darstellung des Umbaus, der konkrete Raumbedarf und das Investitionsvolumen dieser Variante 7 C 1 sind der beigefügten fortgesetzten Variantenuntersuchung auf den Seiten 10 und 11 zu entnehmen.

Wie der Übersicht zur Variante 7 C 1 auf Seite 16 der erweiterten Variantenuntersuchung ferner zu entnehmen ist, werden die nutzungsspezifischen Umsätze aller Voraussicht nach

die zusätzlichen zu berücksichtigenden Aufwendungen nicht decken und das negative Betriebsergebnis (in Form des Basiszuschusses) wird sich weiter erhöhen und der Zuschuss wird größer als € 1.705.734 (netto) bzw. größer als € 2.030.000 (brutto) ausfallen. Aufgrund der Höhe der erforderlichen nutzungsspezifischen Investitionen von € 9.796.000, der Höhe der Betriebskosten und den zu erwartenden nutzungsabhängigen Einnahmen, kann prognostiziert werden, dass ein Betrieb der Halle in der Variante 7 C 1 einen Anstieg des Zuschusses in der vorgenannten Höhe zur Folge hat.

Weitere Untersuchungen zur Konkretisierung der Betriebskosten, zur Ermittlung der nutzungsabhängigen Kosten und Erstellung von Umsatzprognosen sind daher im Rahmen des Variantenvergleichs für diese Variante entbehrlich und aus Kostengründen nicht zu empfehlen.

- Variante 7 C 2 – Mehrzwecksporthalle, Eishockeyhalle, Fitnessstudio, JuFr

Auch in Variante C2 wird von einer Sportnutzung ausgegangen. Hierbei wird jedoch eine bisher in Potsdam noch nicht bestehende Nutzung, Eishockey, etabliert. Über die Eishockeynutzung in der Tropenhalle hinaus, wird in der Orangerie die Nutzung einer 3-Feld Mehrzwecksporthalle vorgeschlagen.

Ergänzt werden die beiden Nutzungen durch ein Fitness Studio und den Jugendclub. Auch hier sind umfangreiche Entkernungsmaßnahmen durchzuführen, siehe Variante C1. Ergänzend hierzu sind jedoch noch große Teile der schrägen Ebene in der Tropenhalle zu entfernen. Weiterhin ist der tiefliegende Bereich der Tropenhalle aufzufüllen um ein durchgehendes Hallenniveau zu erreichen.

Die graphische Darstellung des Umbaus, der konkrete Raumbedarf und das Investitionsvolumen dieser Variante 7 C 2 sind der beigefügten fortgesetzten Variantenuntersuchung auf den Seiten 12 und 13 zu entnehmen.

Wie der Übersicht zur Variante 7 C 2 auf Seite 16 der erweiterten Variantenuntersuchung ferner zu entnehmen ist, werden die nutzungsspezifischen Umsätze aller Voraussicht nach die zusätzlichen zu berücksichtigenden Aufwendungen nicht decken und das negative Betriebsergebnis wird sich weiter erhöhen und der Zuschuss wird größer als € 1.861.751 (netto) bzw. größer als € 2.215.000 (brutto) ausfallen. Aufgrund der Höhe der erforderlichen nutzungsspezifischen Investitionen von € 12.207.250, der Höhe der Betriebskosten und den zu erwartenden nutzungsabhängigen Einnahmen, kann prognostiziert werden, dass ein Betrieb der Halle in der Variante 7 C 2 einen Anstieg des Zuschusses in der vorgenannten Höhe zur Folge hat.

Weitere Untersuchungen zur Konkretisierung der Betriebskosten, zur Ermittlung der nutzungsabhängigen Kosten und Erstellung von Umsatzprognosen sind daher im Rahmen des Variantenvergleichs für diese Variante entbehrlich und aus Kostengründen nicht zu empfehlen.

3. Darstellung der zurückgestellten Varianten 1, 3 und 4 zum Vergleich

Zu Vergleichszwecken wurden den vorgenannten Varianten 7 A, 7 B, 7 C1 und 7 C 2 folgende zurückgestellte Varianten 1, 3 und 4 aus der zuvor bereits durchgeführten Variantenuntersuchung (zu Vergleichszwecken unter Berücksichtigung einer angenommenen Laufzeit von 20 Jahren) gegenübergestellt:

- Variante 1 – Modifizierte Tropenhalle

Die graphische Darstellung der Objektsituation dieser Variante 1 ist den Seiten 4 und 5 der beigefügten fortgesetzten Variantenuntersuchung zu entnehmen.

Wie der Übersicht zur Variante 1 für die modifizierte Tropenhalle auf Seite 15 der erweiterten Variantenuntersuchung ferner zu entnehmen ist, würde sich (nach Reattraktivierung und Durchführung der Baumaßnahmen in Höhe von € 3.272.000 unter Berücksichtigung der Instandhaltungs- und Reattraktivierungsrücklage) ein Zuschuss von rd. € 1.600.000 (netto)

bzw. **rd. € 1.900.000 (brutto)** ergeben. Der Zuschuss würde aufgrund der erforderlichen Baumaßnahmen über dem Vorjahresniveau liegen. Im Bereich der Eventumsätze bestünde die Chance zur Zuschussreduzierung/-stabilisierung. **Allerdings bestehen bei der Bemessung des Zuschusses zur Variante 1 (insbesondere auch aufgrund der langen Laufzeit) Risiken bei der Entwicklung der Besucherzahlen, bei evtl. auftretenden weiteren Baumängeln sowie bei der Entwicklung der Betriebskosten und anderer Kosten.**

- Variante 3 – Haus in Haus (soziale Infrastruktur, Kita, Sporthalle, JuFr)

Wie der Übersicht zur Variante 3 auf Seite 15 der erweiterten Variantenuntersuchung zu entnehmen ist, würde sich bei dieser Variante eine Mehrbelastung aus Betriebskosten im Vergleich zur Errichtung an anderer Stelle in Höhe von rd. € 19 je qm im Monat mit einem Zuschuss von rd. € 2.066.000 (netto) bzw. rd. € 2.460.000 (brutto) ergeben. **Außerdem bestehen Risiken wegen zusätzlich erforderlicher Infrastrukturmaßnahmen sowie bei der Nutzung von Restflächen.**

- Variante 4 – Haus in Haus (öffentliche Gesamtschule, Sporthalle, JuFr)

Wie der Übersicht zur Variante 4 auf Seite 15 der erweiterten Variantenuntersuchung zu entnehmen ist, würde sich bei dieser Variante ein Investitionsvolumen für die Gesamtschule in Höhe mit Mio. € 33,4 ergeben, das rd. Mio. € 7,1 über dem Investitionsvolumen eines Referenzobjektes (ohne Jugendfreizeiteinrichtung) - bei einem Zuschuss von € 3.030.000 (netto) bzw. rd. € 3.600.000 (brutto) liegen würde. **Außerdem bestehen Risiken wegen zusätzlich erforderlicher Infrastrukturmaßnahmen und einer evtl. Fördermittelrückzahlung bei der Nutzung von Teilflächen im Volkspark.**

4. **Gesamtergebnis gemäß Variante 7 (mit Untervarianten) im Vergleich zu den zurückgestellten Varianten 1, 3 und 4**

Die Prüfung und Untersuchung der Variante 7 A, 7 B, 7C 1 und 7 C 2 im Vergleich zu den vorgenannten Varianten 1, 3 und 4 hat **keine Reduzierung der wirtschaftlichen Belastung für die LHP** (z. B. durch Reduzierung der Zuschüsse und Integration bestehender bzw. Neuausrichtung bestehender Zuschusseinrichtungen, kommerzielle Zusatznutzungen und die Aktivierung von Vermögen sowie die Einbeziehung aller möglichen Fördermittel) ergeben.

Hierzu wird insbesondere auf den Variantenvergleich – Übersichten der Varianten 1/ 3 / 4 und der Varianten 7 A bis 7 C 2 auf den Seiten 15 und 16 der beigefügten fortgesetzten Variantenuntersuchung verwiesen. Hiernach ergibt sich folgendes Gesamtergebnis:

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand ist die Fortsetzung des Betriebs einer modifizierten Tropenhalle (Variante 1) die kostengünstigste Alternative, sofern der Abriss der Biosphärenhalle weiterhin ausscheidet.

5. H5. 5. Handlungsempfehlungen

5.1 Vergabeverfahren für die langfristige Lösung

Bei der derzeitigen Übergangsbetreibung der Biosphärenhalle durch die Biosphäre Potsdam GmbH handelt es sich zum einen jeweils nur um kurzfristige Vereinbarungen, die zur Überbrückung dienen sollten, während die Landeshauptstadt Potsdam durch Wettbewerbe (zwei EU-weite Ausschreibungen und ein Interessenbekundungsverfahren) und Untersuchungen, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Lösung zu schaffen versuchte.

Zum anderen ist die Biosphäre Potsdam GmbH eine Beteiligungsgesellschaft der Landeshauptstadt, an der die Landeshauptstadt Potsdam – vermittelt über andere Tochtergesellschaften – 100 % der Geschäftsanteile hält, die die Biosphäre im eigenen Namen, auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko (im Rahmen einer Konzession) betreibt

und die Eintrittsgelder vereinnahmt, so dass jedenfalls die befristete Übergangsbetriebung an die Biosphäre Potsdam GmbH direkt vergeben werden konnte.

Die geplante, langfristige neukonzeptionierte Betriebung der Biosphäre stellt nunmehr jedoch nach Art und Umfang – im Gegensatz zur bisherigen befristeten Übergangsbetriebung durch die Biosphäre Potsdam GmbH - eine Neuvergabe bzw. wesentliche Änderung der Betreiberleistung dar, die umfänglich dem Anwendungsbereich des Vergaberechts unterworfen ist, zumal nunmehr auch Konzessionen nach der umfassenden Vergaberechts-Novellierung zusätzlich erstmalig vom Vergaberecht erfasst werden.

Aus diesen Gründen waren zwar die Übergangsvereinbarungen nicht gesondert auszuschreiben, die aber jetzt zu treffende dauerhafte Vereinbarung – auch wenn sie als Konzession qualifiziert wird – ist vom neuen Vergaberecht erfasst und deshalb in einen europaweiten Wettbewerb zu stellen. Die Landeshauptstadt Potsdam ist daher nach dem Vergaberecht - trotz der bestehenden befristeten Übergangsbetriebung durch die Biosphäre Potsdam – verpflichtet, ein EU-weites Vergabeverfahren einzuleiten. Der Wettbewerb soll mit einem vorangestellten Teilnahmewettbewerb so gestaltet werden, dass schnell und kostengünstig ermittelt wird, ob überhaupt Unternehmen interessiert sind, das Projekt privatwirtschaftlich umzusetzen.

Daraus ergibt sich die nachfolgende Beschlussempfehlung für eine ein EU-weites Vergabeverfahren:

Nachdem die Prüfung einer mehrteiligen bzw. multifunktionalen Nutzung – mit konzeptioneller Neuausrichtung- der Biosphäre (Varianten 7 A, 7 B, 7 C1 und 7 C 2) entsprechend der beigefügten fortgesetzten Variantenuntersuchung auch im Vergleich zu den Varianten 1, 3 und 4 keine Reduzierung der wirtschaftlichen Belastung der LHP ergeben hat und der Abriss der Biosphärenhalle ausscheidet, wird der Oberbürgermeister zur Gewährleistung der längerfristigen, dauerhaften, kostenminimierenden und wirtschaftlichen Betriebung der Biosphärenhalle beauftragt und bevollmächtigt, kurzfristig unter Einhaltung der vergaberechtlichen und beihilferechtlichen Bestimmungen ein **erneutes Verfahren zur EU- weiten Ausschreibung für die Nachnutzung der Biosphäre als Tropenhalle in modifizierter Form (Variante 1)** unter folgenden Bedingungen durchzuführen:

- (1) Voranstellen eines Teilnahmewettbewerbs, um schnell und kostengünstig zu klären, ob es überhaupt Bewerber für das Projekt gibt.
- (2) Zweckgebundene Betriebung auf eigenes wirtschaftliches Risiko des Betreibers für mindestens 20 Jahre
- (3) Jährlicher städtischer Zuschuss, der mit fortschreitender Rentabilität nachhaltig gesenkt werden soll, ohne den Investitionshaushalt der LHP zu belasten
- (4) Übertragung der Halle auf die Betreibergesellschaft mit Herauslösung aus dem Treuhandvermögen und Sicherung gegen Grundstücksspekulationen durch Vorgabe der Nutzung für touristische Infrastruktur
- (5) Vermeidung steuerrechtlicher Nachteile für die LHP
- (6) Sozialverträgliche Lösung mit Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze

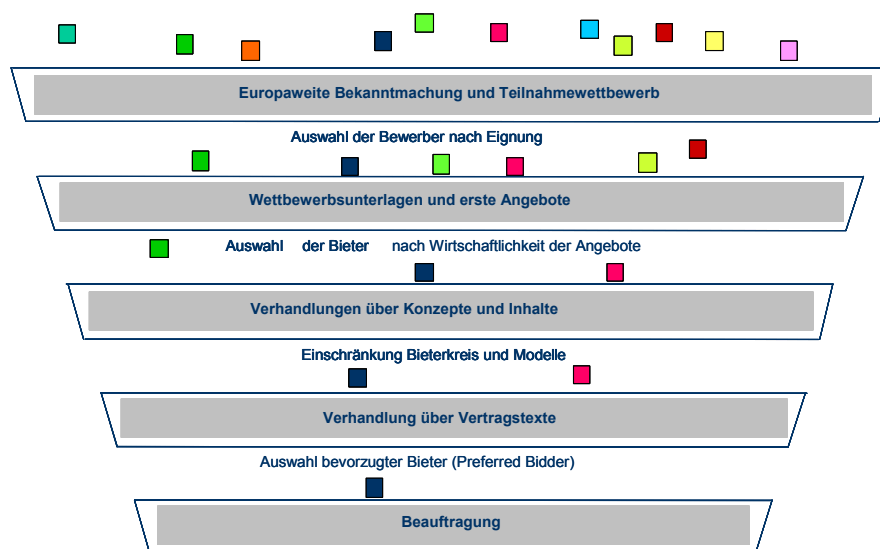
Ziel dieses wettbewerblichen EU-weiten Vergabeverfahrens ist es, einen privaten Partner zu finden, der die Biosphäre auf der Grundlage eines mit der Landeshauptstadt Potsdam geschlossenen Betreibervertrags langfristig rentabel als touristische Einrichtung bewirtschaftet. Das wettbewerbliche Vergabeverfahren, das die Landeshauptstadt Potsdam ausschreiben wird, gliedert sich in zwei Wettbewerbsstufen (Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsverfahren im engeren Sinn) und den Zuschlag für den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Betreiberkonzept.

5.1.1 Wettbewerbsstufe

Nach dem Vergaberecht ist ein gestuftes Wettbewerbsverfahren einzuleiten. Dieses Wettbewerbsverfahren wird voraussichtlich in Form eines Verhandlungsverfahrens durchgeführt, bei dem in einem offenen Teilnahmewettbewerb inhaltliche Konzepte der Bieter abgefragt werden. Während des Verfahrens wird die Zahl der Bieter und der denkbaren Modelle nach wirtschaftlichen Kriterien und den Vorgaben der Landeshauptstadt laufend reduziert werden.

Nach der Verhandlung über die Konzepte werden die verbliebenen Bieter aufgefordert ihr letztverbindliches Angebot abzugeben. Auf der Grundlage dieser Angebote erteilt die Landeshauptstadt Potsdam den Zuschlag für das wirtschaftlichste Konzept und dessen Umsetzung.

Bildlich lässt sich der Ablauf des wettbewerblichen Verfahrens wie ein Trichter darstellen:



5.1.2 Zuschlag

Nach dem Zuschlag für das wirtschaftlichste Konzept schließt die Landeshauptstadt Potsdam mit dem erfolgreichen Bieter einen langfristigen Betreibervertrag für die Biosphäre Potsdam. Der neue private Betreiber wird die Biosphäre Potsdam ohne die wirtschaftlichen Belastungen des bisherigen Betreibers übernehmen.

5.1.3 Zeitlicher Rahmen

Der zeitliche Rahmen könnte so geplant werden, dass ab Juni 2017 die erste Wettbewerbsstufe mit der europaweiten Veröffentlichung der Vergabeunterlagen beginnt und der Teilnahmewettbewerb stattfindet.

Wenn es Interessenten gibt, werden die besten Bieter für Verhandlungen ausgewählt. Die Verhandlungen werden dann voraussichtlich im Oktober 2017 beginnen und im Dezember 2017 abgeschlossen werden. Das Ende der Übergangsphase und der Start des neuen Betriebskonzeptes kann dann realistisch ab Januar 2018 erwartet werden.

5.2 Weiteres Verfahren bei erfolgloser erneuter Ausschreibung

Sofern bei dem vorgenannten unter Punkt 5.1 dargestellten erneuten EU-weiten Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb keine wirtschaftlichen Angebote eingehen sollten, darf der Auftrag in diesem Falle im Wege des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb vergeben werden.

In dieses Verhandlungsverfahren wären jedoch grundsätzlich erneut alle geeigneten Unternehmen einzubeziehen, die form- und fristgerechte Angebote abgegeben haben. Da die LHP dann jedoch zuvor bereits ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ohne wirtschaftliches Ergebnis durchgeführt hat, wäre diese Vorgehensweise im vorliegenden Fall der LHP nicht zumutbar.

Vor diesem Hintergrund wäre es vergaberechtlich zulässig, nach Durchführung eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb mit unwirtschaftlichem Ergebnis, im Anschluss den Auftrag direkt an die Biosphäre Potsdam GmbH (im Wege des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb) zu vergeben.

Ein solches Vorgehen ist vergaberechtlich zulässig vertretbar, wenn der erste Ausschreibungsversuch gescheitert ist und kein wirtschaftliches Ergebnis erbringen sollte.

Zwingende Voraussetzung für ein solches Vorgehen wäre allerdings, dass die ursprünglichen Bedingungen des Auftrags nicht grundlegend geändert werden. Das heißt, der Auftrag an die Biosphäre Potsdam GmbH muss später in Inhalt und Umfang dem zuvor im Verhandlungsverfahren ausgeschriebenen Auftrag entsprechen.

Im Falle eines erfolglosen Verlaufs des zuvor genannten Vergabeverfahrens unter Punkt 5.1 ergibt sich daher folgende weitere Beschlussempfehlung:

Im Falle eines erfolglosen Verlaufs des Teilnahmewettbewerbs bzw. des Vergabeverfahrens (im Rahmen des vorgenannten zweistufigen EU-weiten Ausschreibungsverfahrens) zu Ziff. 1 wird der Oberbürgermeister beauftragt und bevollmächtigt, die **Biosphäre Potsdam GmbH** mit der langfristigen, dauerhaften, kostenminimierenden und wirtschaftlichen **Nachnutzung und Betreuung der Biosphäre als Tropenhalle in modifizierter Form (Variante 1)** unter den im Beschlusspunkt zu Ziffer 1. vorgenannten gleichlautenden Bedingungen in Inhalt und Umfang der Ausschreibung zu **beauftragen** und die hierfür erforderlichen Verträge nach den Maßgaben unter Ziffer 1. abzuschließen.

Somit wären im Falle der erfolglosen erneuten Ausschreibung bei Vertragsabschluss mit der Biosphäre Potsdam GmbH dann folgende Maßgaben bei Vertragsabschluss einzuhalten:

- a) Zweckgebundene Betreuung auf eigenes wirtschaftliches Risiko des Betreibers für mindestens 20 Jahre
- b) Jährlicher städtischer Zuschuss, der mit fortschreitender Rentabilität nachhaltig gesenkt werden soll, ohne den Investitionshaushalt der LHP zu belasten
- c) Übertragung der Halle auf die Betreibergesellschaft mit Herauslösung aus dem Treuhandvermögen und Sicherung gegen Grundstücksspekulationen durch Vorgabe der Nutzung für touristische Infrastruktur
- d) Vermeidung steuerrechtlicher Nachteile für die LHP
- e) Sozialverträgliche Lösung mit Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze

Im Übrigen wird auf die als Anlage beigefügte fortgesetzte Variantenuntersuchung zur Nachnutzung der Biosphäre und die Gesamtübersicht der Varianten 1, 3, 4, 7 A, 7 B, 7 C 1 und 7 C 2 zur Nachnutzung Biosphärenhalle verwiesen.

Anlagen:

- Nachnutzung Biosphäre Potsdam - Fortsetzung Variantenuntersuchung - vom 29.03.2017
- Gesamtübersicht der Varianten 1, 3, 4, 7 A, 7 B, 7 C 1 und 7 C 2 zur Nachnutzung Biosphärenhalle



Nachnutzung Biosphäre Potsdam

Fortsetzung Variantenuntersuchung



Inhalt

- 1. Beschlusslage**
- 2. Objektsituation**
- 3. Variante 7A**
- 4. Variante 7 B**
- 5. Variante 7 C 1**
- 6. Variante 7 C 2**
- 7. Variantenvergleich – Prämissen**
- 8. Variantenvergleich – Übersicht**
- 9. Variantenvergleich – Ergebnis / Handlungsempfehlung**
- 10. Zeitschiene**

Beschlusslage

Beschluss des Hauptausschusses vom 13.7.2016:

Die mit Vorlage 16/SSV/447 vorgestellte Variante 7 Mehrteilige bzw. multifunktionale Nutzung mit konzeptioneller Neuausrichtung ist zu prüfen

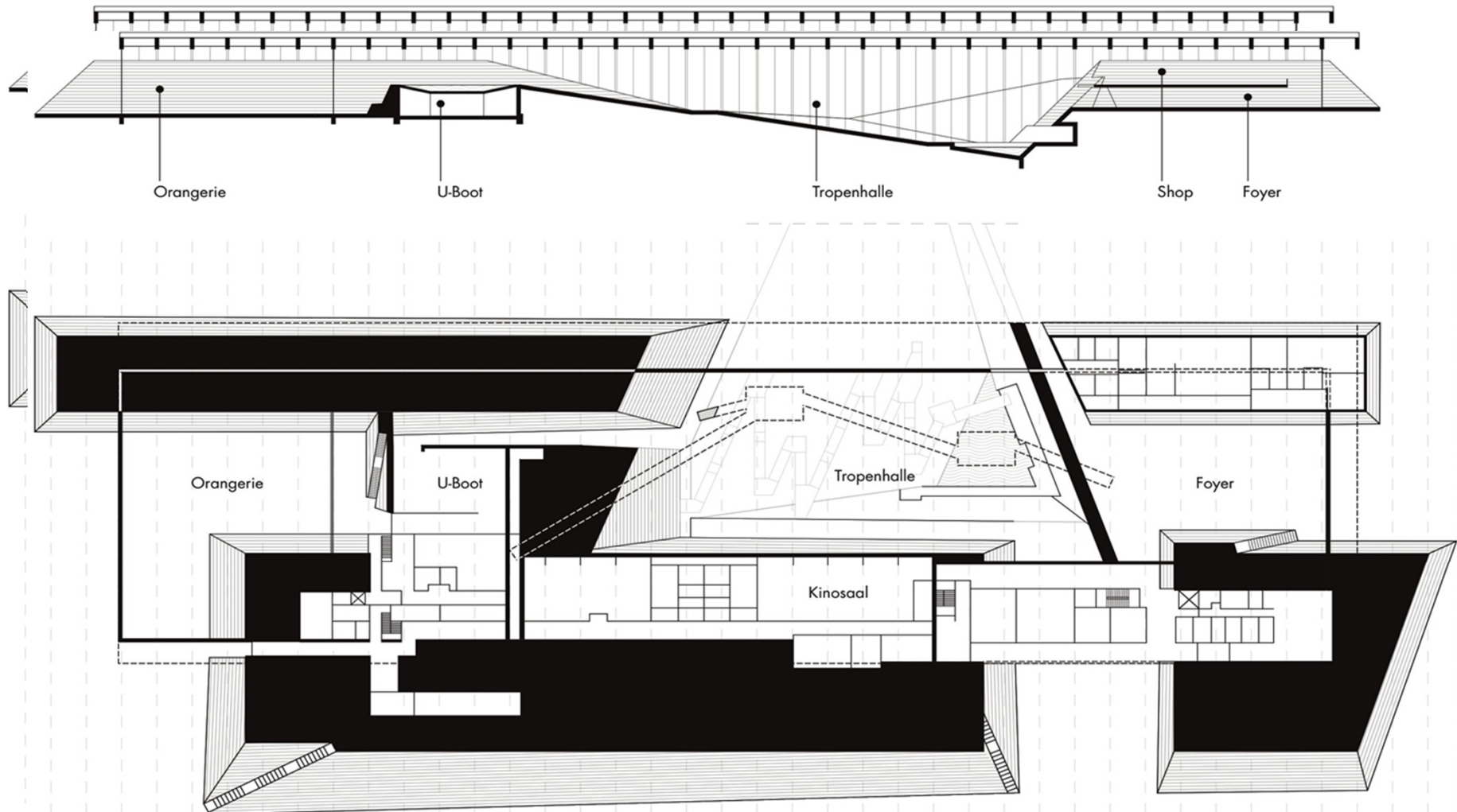
Folgende Nutzungen wurden daraufhin untersucht:

- 7 A – Modifizierte Tropenhalle mit Naturkundemuseum und JuFr
- 7 B – Naturkundemuseum und JuFr
- 7 C 1 – Mehrzwecksporthalle, Beachvolleyballhalle, Fitnessstudio, JuFr
- 7 C 2 – Mehrzwecksporthalle, Eishockeyhalle, Fitnessstudio, JuFr

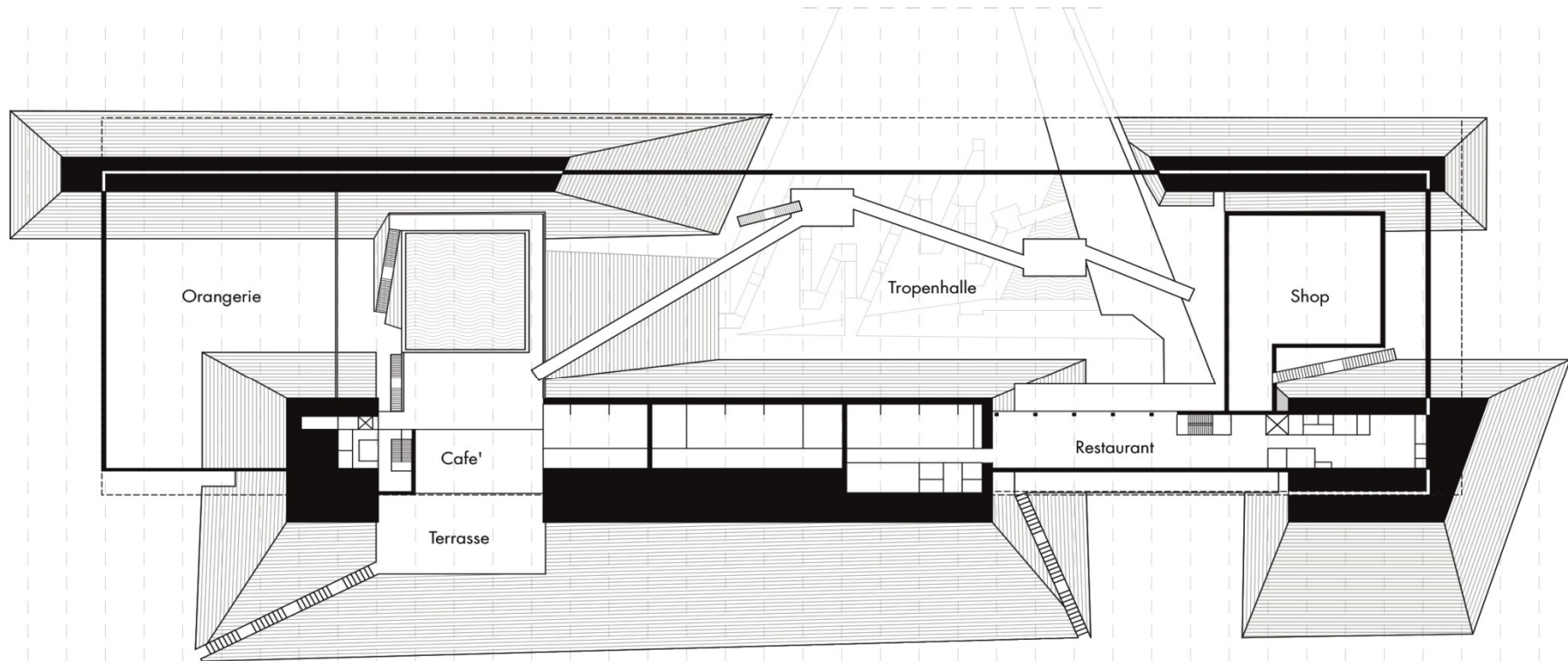
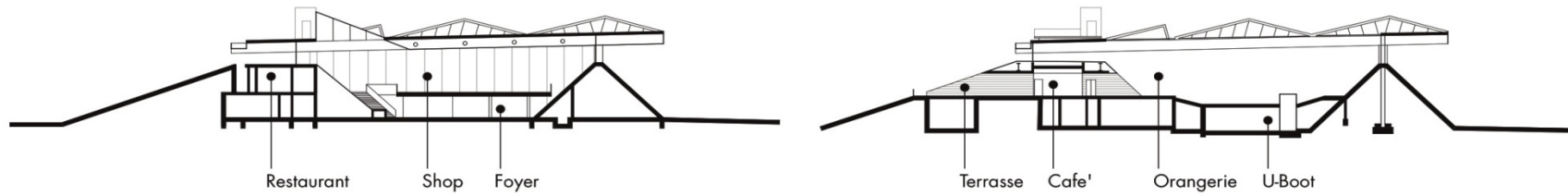
Und zu Vergleichszwecken folgenden Varianten gegenübergestellt:

- 1 – Modifizierte Tropenhalle
- 3 – Haus in Haus (soziale Infrastruktur, Kita, Sporthalle, JuFr)
- 4 – Haus in Haus (öffentliche Gesamtschule, Sporthalle, JuFr)

Objektsituation

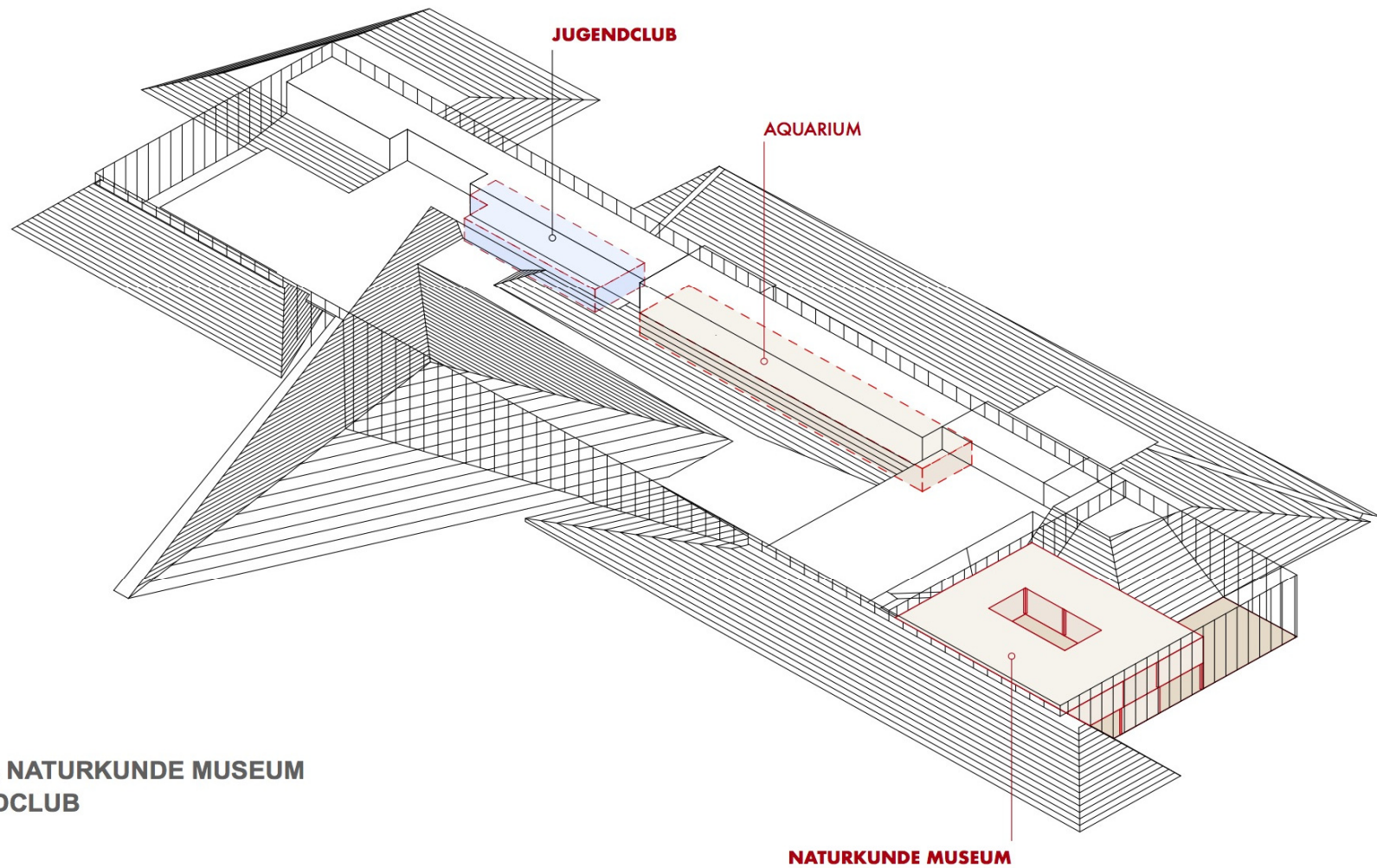


Objektsituation



Variante 7 A

Biosphärenhalle, Naturkunde Museum, JuFr

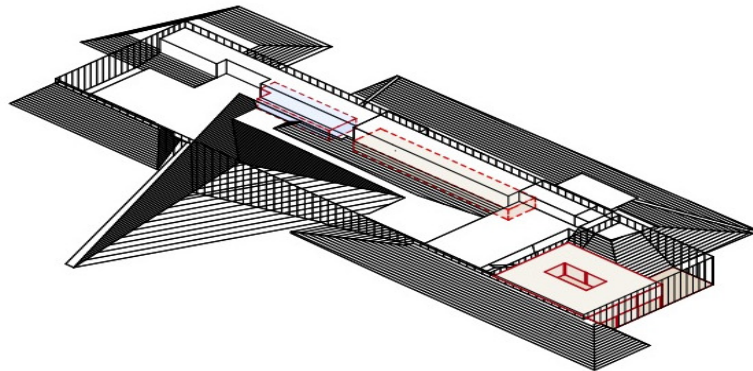


BIOSPHERE, NATURKUNDE MUSEUM
UND JUGENDCLUB

NATURKUNDE MUSEUM

Variante 7 A

Raumbedarf / Investitionsvolumen



VARIANTE A

2.080 m²

JUGENDCLUB	
GEMEINSCHAFTSRAUM	104 m ²
PC RAUM	32 m ²
WERKSTATT	25 m ²
BÜRO	27 m ²
KÜCHE	17 m ²
	205 m²
NATURKUNDE MUSEUM	1.270 m ²
FOYER	200 m ²
SEMINARRÄUME	85 m ²
AQUARIUM	320 m ²
	1.875 m²

5.1 VARIANTE A

1. ENTKERNUNGSMABNAHMEN

KG 300 / 400		41.425,- EUR
ORANGERIE	265 m ² x 65,- EUR =	17.225,- EUR
LAGER	140 m ² x 50,- EUR =	7.000,- EUR
TECHNIKRAUM	180 m ² x 50,- EUR =	9.000,- EUR
BÜRO	205 m ² x 40,- EUR =	8.200,- EUR
KG 500		22.500,- EUR
KG 700		6.200,- EUR
GESAMTKOSTEN BRUTTO 1.		70.125,- EUR

2. UMBAUMABNAHMEN

KG 300 / 400		2.135.800,- EUR
JUGENDCLUB	205 m ² x 960,- EUR =	196.800,- EUR
NATURK. MUSEUM	1.555 m ² x 1.000,- EUR =	1.555.000,- EUR
AQUARIUM	320 m ² x 1.200,- EUR =	384.000,- EUR
KG 500		90.000,- EUR
KG 700		320.300,- EUR
GESAMTKOSTEN BRUTTO 2.		2.546.100,- EUR

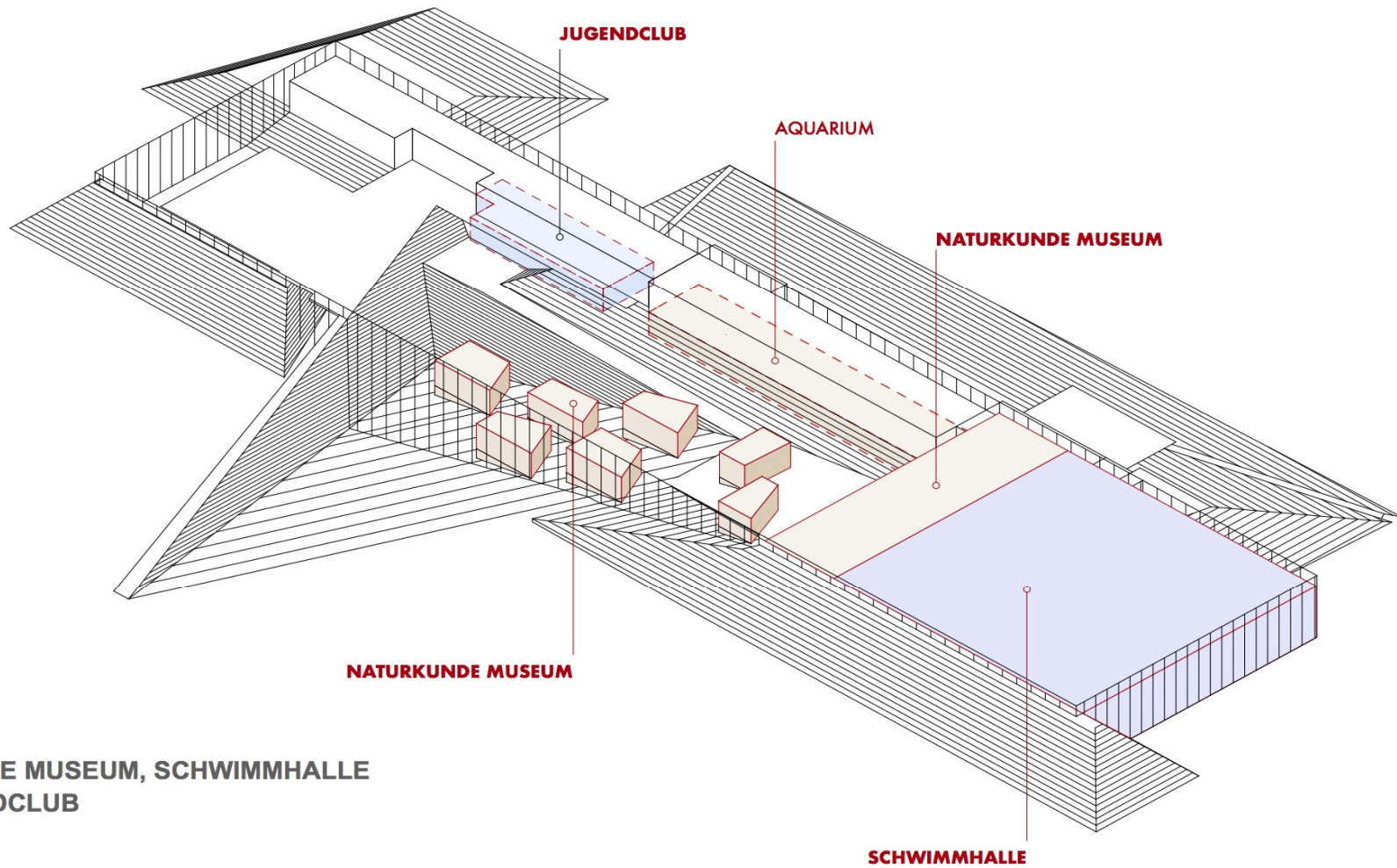
3. SANIERUNGSMABNAHMEN

GESAMTKOSTEN BRUTTO 3.		6.500.000,- EUR
-------------------------------	--	------------------------

GESAMTKOSTEN BRUTTO		9.116.225,- EUR
----------------------------	--	------------------------

Variante 7 B

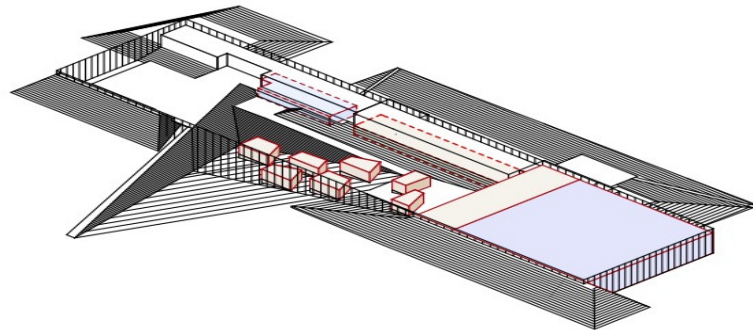
Naturkunde Museum, Schwimmhalle, JuFr



NATURKUNDE MUSEUM, SCHWIMMHALLE
UND JUGENDCLUB

Variante 7 B

Raumbedarf / Investitionsvolumen



VARIANTE B

7.605 m²

JUGENDCLUB	
GEMEINSCHAFTSRAUM	104 m ²
PC RAUM	32 m ²
WERKSTATT	25 m ²
BÜRO	27 m ²
KÜCHE	17 m ²
	205 m²
SCHWIMMHALLE INKL. TECHNIK	3.050 m ²
UMKLEIDEN / DUSCHEN	450 m ²
	3.500 m²
NATURKUNDE MUSEUM	2.200 m ²
FOYER	625 m ²
SEMINARRÄUME	500 m ²
AQUARIUM	575 m ²
	3.900 m²

5.2 VARIANTE B

1. ENTKERNUNGSMABNAHMEN

KG 300 / 400		261.450,- EUR
BIOSPHERE TH	2.500 m ² x 50,- EUR =	125.000,- EUR
ORANGERIE	750 m ² x 65,- EUR =	48.750,- EUR
U-BOOT / LAGER	650 m ² x 80,- EUR =	52.000,- EUR
KINO / NEBENRÄUME	550 m ² x 50,- EUR =	27.500,- EUR
BÜRO	205 m ² x 40,- EUR =	8.200,- EUR
KG 500		22.500,- EUR
KG 700		40.000,- EUR
GESAMTKOSTEN BRUTTO 1.		323.950,- EUR

2. UMBAUMAßNAHMEN

KG 300 / 400		10.326.800,- EUR
JUGENDCLUB	205 m ² x 960,- EUR =	196.800,- EUR
NATURK. MUSEUM	2.200 m ² x 1.200,- EUR =	2.640.000,- EUR
AQUARIUM	575 m ² x 1.200,- EUR =	690.000,- EUR
SEMINARRÄUME	500 m ² x 1.000,- EUR =	500.000,- EUR
SCHWIMMHALLE	3.500 m ² x 1.800,- EUR =	6.300.000,- EUR
KG 500		90.000,- EUR
KG 700		2.270.000,- EUR
GESAMTKOSTEN BRUTTO 2.		12.686.800,- EUR

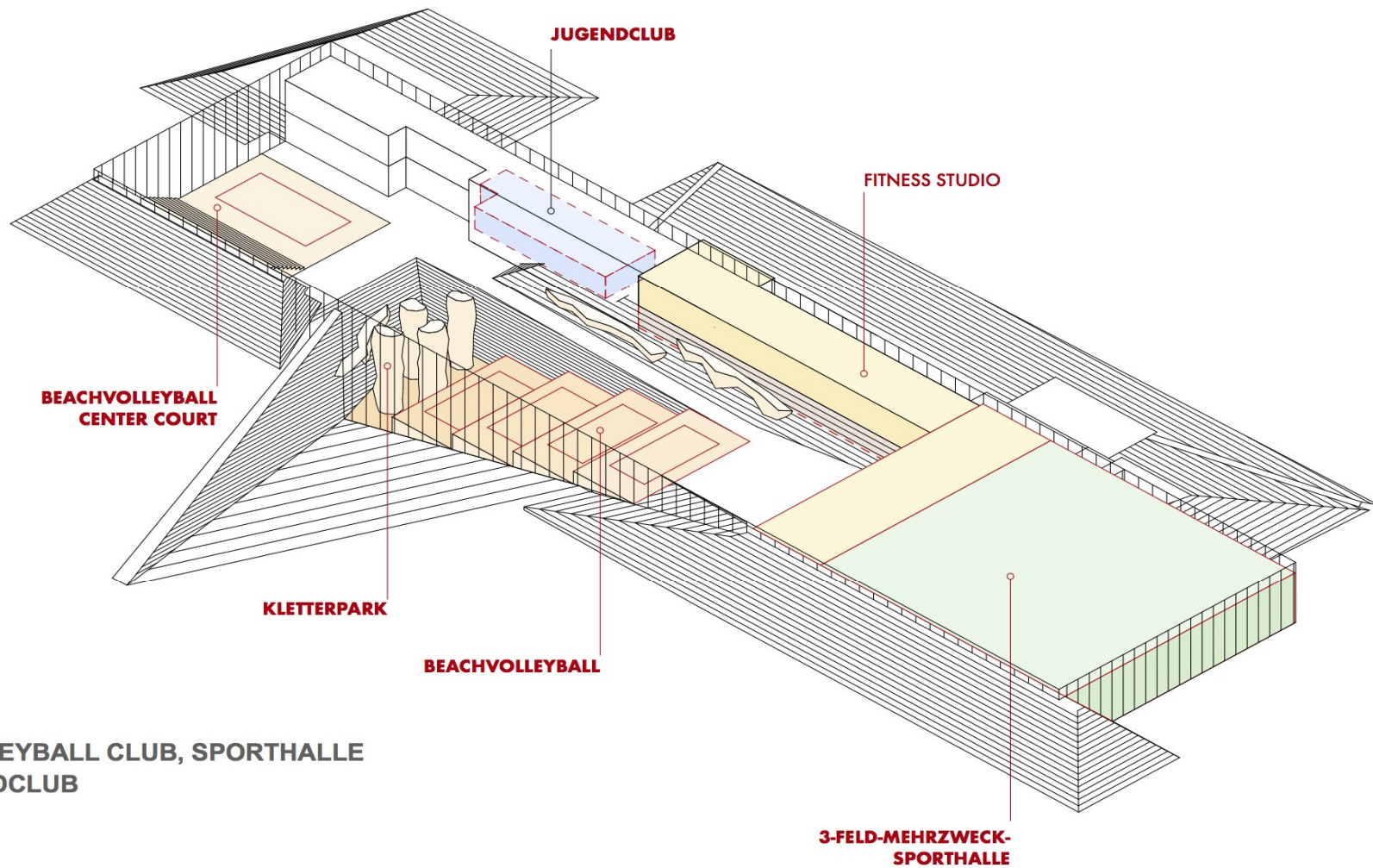
3. SANIERUNGSMABNAHMEN

GESAMTKOSTEN BRUTTO 3.		6.500.000,- EUR
-------------------------------	--	------------------------

GESAMTKOSTEN BRUTTO		19.510.750,- EUR
----------------------------	--	-------------------------

Variante 7 C 1

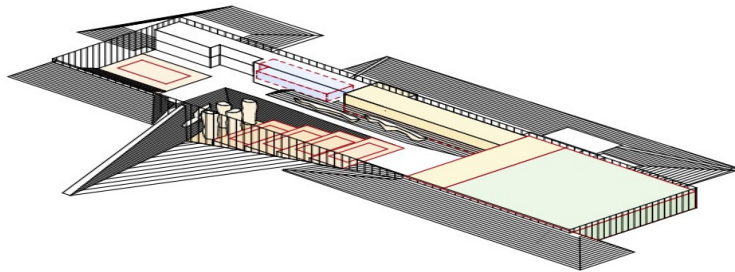
Beachvolleyball, Sporthalle, Jugendclub



BEACHVOLLEYBALL CLUB, SPORTHALLE
UND JUGENDCLUB

Variante 7 C 1

Raumbedarf / Investitionsvolumen



VARIANTE C 1	7.710 m²
JUGENDCLUB	
GEMEINSCHAFTSRAUM	104 m ²
PC RAUM	32 m ²
WERKSTATT	25 m ²
BÜRO	27 m ²
KÜCHE	17 m ²
	205 m²
3-FELD-MEHR. SPORTHALLE	1.650 m ²
UMKLEIDEN / DUSCHEN	450 m ²
GERÄTERAUM	150 m ²
GYMNASTIK FLÄCHE	150 m ²
	2.400 m²
BEACHVOLLEYBALL	2.800 m ²
UMKLEIDEN / DUSCHEN	575 m ²
KLETTERPARK	770 m ²
	4.145 m²
FITNESS-STUDIO	590 m ²
UMKLEIDEN / DUSCHEN	225 m ²
SAUNA	145 m ²
	960 m²

5.3 VARIANTE C 1

1. ENTKERNUNGSMABNAHMEN

KG 300 / 400		391.950,- EUR
BIOSPHERE TH	2.500 m ² x 75,- EUR =	187.500,- EUR
FOYER	850 m ² x 80,- EUR =	68.000,- EUR
ORANGERIE	750 m ² x 65,- EUR =	48.750,- EUR
U-BOOT / LAGER	650 m ² x 80,- EUR =	52.000,- EUR
KINO / NEBENRÄUME	550 m ² x 50,- EUR =	27.500,- EUR
BÜRO	205 m ² x 40,- EUR =	8.200,- EUR
KG 500	900 m ² x 50,- EUR =	45.000,- EUR
KG 700		60.000,- EUR
GESAMTKOSTEN BRUTTO 1.		511.950,- EUR

2. UMBAUMAßNAHMEN

KG 300 / 400		7.464.050,- EUR
JUGENDCLUB	205 m ² x 960,- EUR =	196.800,- EUR
3-FELD-M.-SPORTHALLE	2.400 m ² x 1.200,- EUR =	2.880.000,- EUR
BEACHVOLLEYBALL	4.145 m ² x 850,- EUR =	3.523.250,- EUR
FITNESS-STUDIO	960 m ² x 900,- EUR =	864.000,- EUR
KG 500	900 m ² x 200,- EUR =	180.000,- EUR
KG 700		1.640.000,- EUR
GESAMTKOSTEN BRUTTO 2.		9.284.050,- EUR

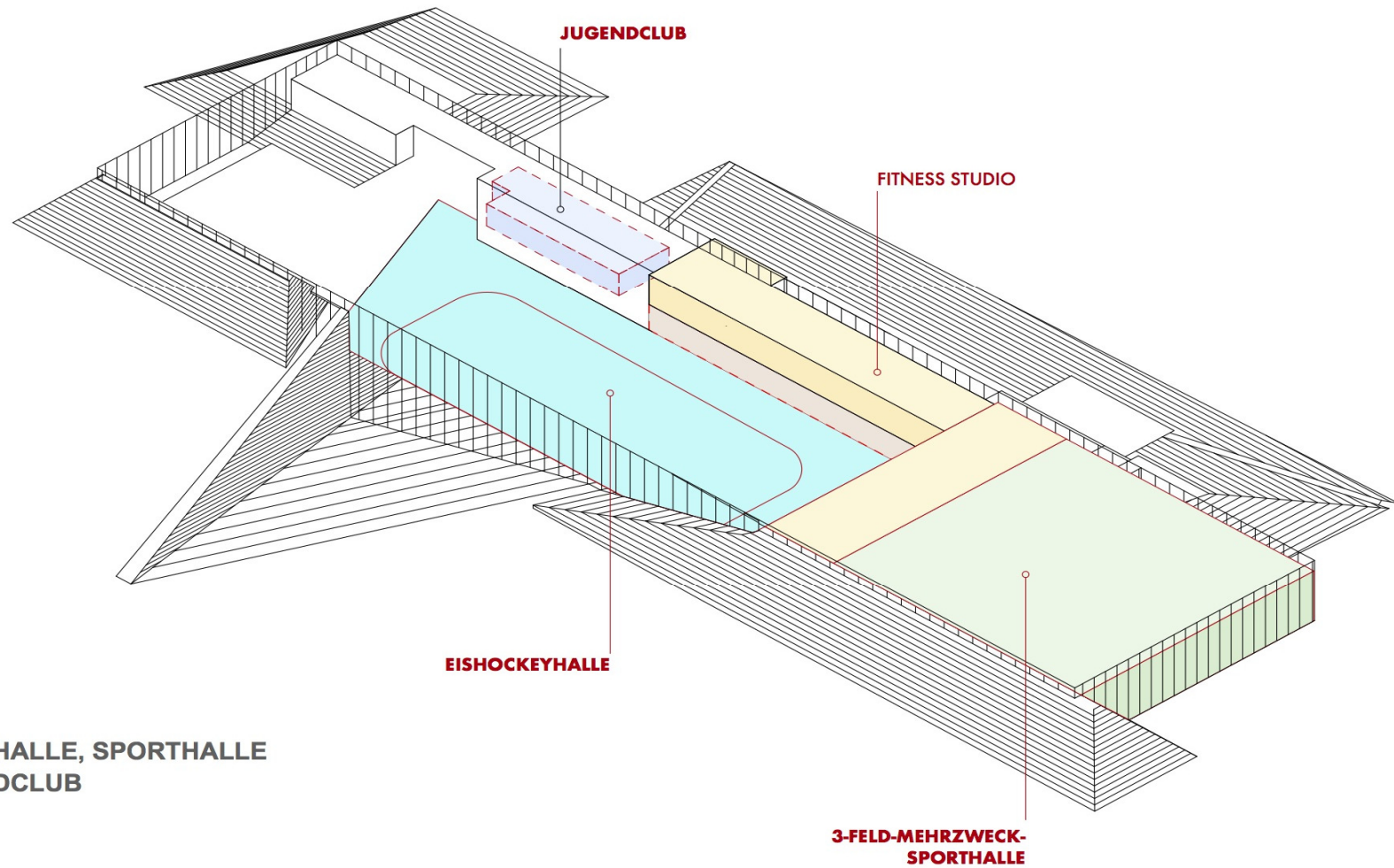
3. SANIERUNGSMABNAHMEN

GESAMTKOSTEN BRUTTO 3.	6.500.000,- EUR
-------------------------------	------------------------

GESAMTKOSTEN BRUTTO	16.281.000,- EUR
----------------------------	-------------------------

Variante 7 C 2

Eishockeyhalle, Sporthalle, Fitness Studio, JuFr

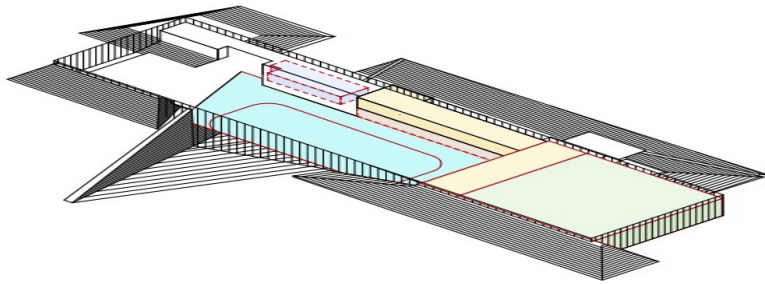


EISHOCKEYHALLE, SPORTHALLE
UND JUGENDCLUB

3-FELD-MEHRZWECK-
SPORTHALLE

Variante 7 C 2

Flächenermittlung und Baukosten



VARIANTE C 2	7.565 m²
JUGENDCLUB	
GEMEINSCHAFTSRAUM	104 m ²
PC RAUM	32 m ²
WERKSTATT	25 m ²
BÜRO	27 m ²
KÜCHE	17 m ²
	205 m²
3-FELD-MEHR. SPORTHALLE	1.650 m ²
UMKLEIDEN / DUSCHEN	450 m ²
GERÄTERAUM	150 m ²
GYMNASTIK FLÄCHE	150 m ²
	2.400 m²
EISHOCKEYHALLE	3.500 m ²
UMKLEIDEN / DUSCHEN	500 m ²
	4.000 m²
FITNESS-STUDIO	590 m ²
UMKLEIDEN / DUSCHEN	225 m ²
SAUNA	145 m ²
	960 m²

5.4 VARIANTE C 2

1. ENTKERNUNGSMABNAHMEN

KG 300 / 400		511.450,- EUR
BIOSPHERE TH	2.500 m ² x 150,- EUR =	375.000,- EUR
ORANGERIE	750 m ² x 65,- EUR =	48.750,- EUR
U-BOOT / LAGER	650 m ² x 80,- EUR =	52.000,- EUR
KINO / NEBENRÄUME	550 m ² x 50,- EUR =	27.500,- EUR
BÜRO	205 m ² x 40,- EUR =	8.200,- EUR
KG 500	900 m ² x 50,- EUR =	45.000,- EUR
KG 700		80.000,- EUR
GESAMTKOSTEN BRUTTO 1.		636.450,- EUR

2. UMBAUMAßNAHMEN

KG 300 / 400		9.340.800,- EUR
JUGENDCLUB	205 m ² x 960,- EUR =	196.800,- EUR
3-FELD-M.-SPORTHALLE	2.400 m ² x 1.200,- EUR =	2.880.000,- EUR
EISHOCKEYHALLE	4.000 m ² x 1.350,- EUR =	5.400.000,- EUR
FITNESS-STUDIO	960 m ² x 900,- EUR =	864.000,- EUR
KG 500	900 m ² x 200,- EUR =	180.000,- EUR
KG 700		2.050.000,- EUR
GESAMTKOSTEN BRUTTO 2.		11.570.800,- EUR

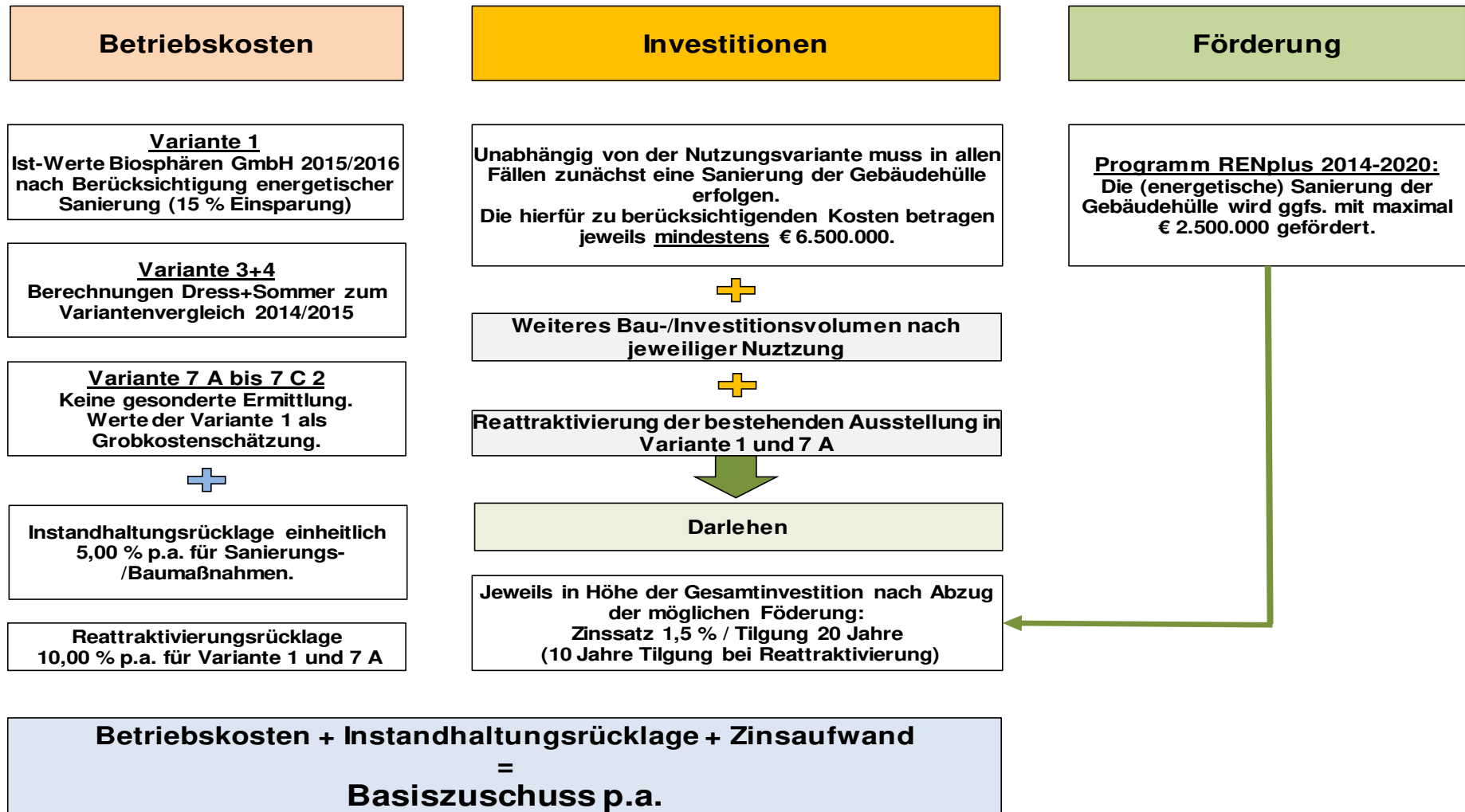
3. SANIERUNGSMABNAHMEN

GESAMTKOSTEN BRUTTO 3.		6.500.000,- EUR
-------------------------------	--	------------------------

GESAMTKOSTEN BRUTTO		18.707.250,- EUR
----------------------------	--	-------------------------

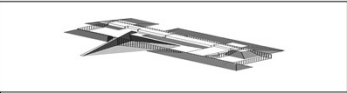
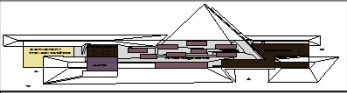
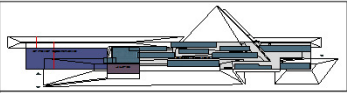
Variantenvergleich

Prämissen



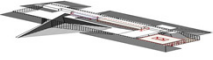
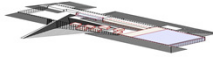
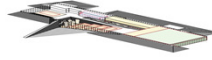
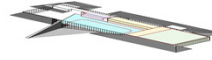
Variantenvergleich

Übersicht Variante 1 / 3 / 4

Nachnutzung Biosphärenhalle	 Variante 1	 Variante 3	 Variante 4																										
Investitionen in €	<table border="1"> <tr><td>Orangerie/Büro/Shop</td><td>2.372.000</td></tr> <tr><td>Reattraktivierung</td><td>900.000</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>3.272.000</td></tr> </table>	Orangerie/Büro/Shop	2.372.000	Reattraktivierung	900.000	Summe	3.272.000	<table border="1"> <tr><td>Soziale Infrastruktur</td><td>6.915.677</td></tr> <tr><td>Restflächen</td><td>5.704.131</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>12.619.808</td></tr> </table>	Soziale Infrastruktur	6.915.677	Restflächen	5.704.131	Summe	12.619.808	<table border="1"> <tr><td>Schule</td><td>33.366.363</td></tr> <tr><td>Jufre</td><td>930.968</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>34.297.330</td></tr> </table>	Schule	33.366.363	Jufre	930.968	Summe	34.297.330								
Orangerie/Büro/Shop	2.372.000																												
Reattraktivierung	900.000																												
Summe	3.272.000																												
Soziale Infrastruktur	6.915.677																												
Restflächen	5.704.131																												
Summe	12.619.808																												
Schule	33.366.363																												
Jufre	930.968																												
Summe	34.297.330																												
Sanierung Gebäudehülle in €	6.500.000	6.500.000	oben enthalten																										
Zusammenfassung Jahreswerte in €	<table border="1"> <tr><td>Betriebskosten</td><td>652.791</td></tr> <tr><td>Instandhaltungsrücklage</td><td>443.600</td></tr> <tr><td>Reattraktivierungsrücklage</td><td>90.000</td></tr> <tr><td>Zinsaufwand 1. Jahr</td><td>107.028</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>1.293.419</td></tr> </table>	Betriebskosten	652.791	Instandhaltungsrücklage	443.600	Reattraktivierungsrücklage	90.000	Zinsaufwand 1. Jahr	107.028	Summe	1.293.419	<table border="1"> <tr><td>Betriebskosten</td><td>884.973</td></tr> <tr><td>Instandhaltungsrücklage</td><td>955.990</td></tr> <tr><td>Zinsaufwand 1. Jahr</td><td>279.863</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>2.120.826</td></tr> </table>	Betriebskosten	884.973	Instandhaltungsrücklage	955.990	Zinsaufwand 1. Jahr	279.863	Summe	2.120.826	<table border="1"> <tr><td>Betriebskosten</td><td>661.424</td></tr> <tr><td>Instandhaltungsrücklage</td><td>1.714.867</td></tr> <tr><td>Zinsaufwand 1. Jahr</td><td>502.830</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>2.879.121</td></tr> </table>	Betriebskosten	661.424	Instandhaltungsrücklage	1.714.867	Zinsaufwand 1. Jahr	502.830	Summe	2.879.121
Betriebskosten	652.791																												
Instandhaltungsrücklage	443.600																												
Reattraktivierungsrücklage	90.000																												
Zinsaufwand 1. Jahr	107.028																												
Summe	1.293.419																												
Betriebskosten	884.973																												
Instandhaltungsrücklage	955.990																												
Zinsaufwand 1. Jahr	279.863																												
Summe	2.120.826																												
Betriebskosten	661.424																												
Instandhaltungsrücklage	1.714.867																												
Zinsaufwand 1. Jahr	502.830																												
Summe	2.879.121																												
Zuschuss	Basiszuschuss in € 1.293.419	Basiszuschuss in € 2.120.826	Basiszuschuss in € 2.879.121																										
	+		+																										
	Zusatzaufwand rd. € 3.200.000		Hausmeister/Sekretärin rd. € 160.000																										
	-		-																										
	Nutzungsspezifische Umsätze rd. € 2.900.000	Erstattung BK v. Kita-Träger rd. € 55.000																											
Zuschuss netto rd. € 1.600.000	Zuschuss netto rd. € 2.066.000	Zuschuss netto rd. € 3.030.000																											
Zuschuss brutto rd. € 1.900.000	Zuschuss brutto rd. € 2.460.000	Zuschuss brutto rd. € 3.600.000																											
Anmerkung und Risiken	Höherer Zuschuss aufgrund Baumaßnahmen. Potentiale bei Eventumsätze als Chance zur Zuschussreduzierung. Risiken bestehen hinsichtlich: Entwicklung Besucherzahlen/ weiterer Baumaßnahmen/ Betriebs- u.a. Kosten/ Anschubfinanzierung	Mehrbelastung aus Betriebskosten im Vergleich zur Errichtung an anderer Stelle in Höhe von rd. € 19 je m ² im Monat. Risiken bestehen hinsichtlich: Zusätzlich erforderlicher Infrastrukturmaßnahmen/ Nutzung der Restflächen	Investitionsvolumen für die Gesamtschule liegt mit Mio. € 33,4 rd. Mio. € 7,1 über dem eines Referenzobjektes (ohne Jufre). Risiken bestehen hinsichtlich: Zusätzlich erforderlicher Infrastrukturmaßnahmen/ Fördermittelrückzahlung bei Nutzung Teilflächen Volkspark																										

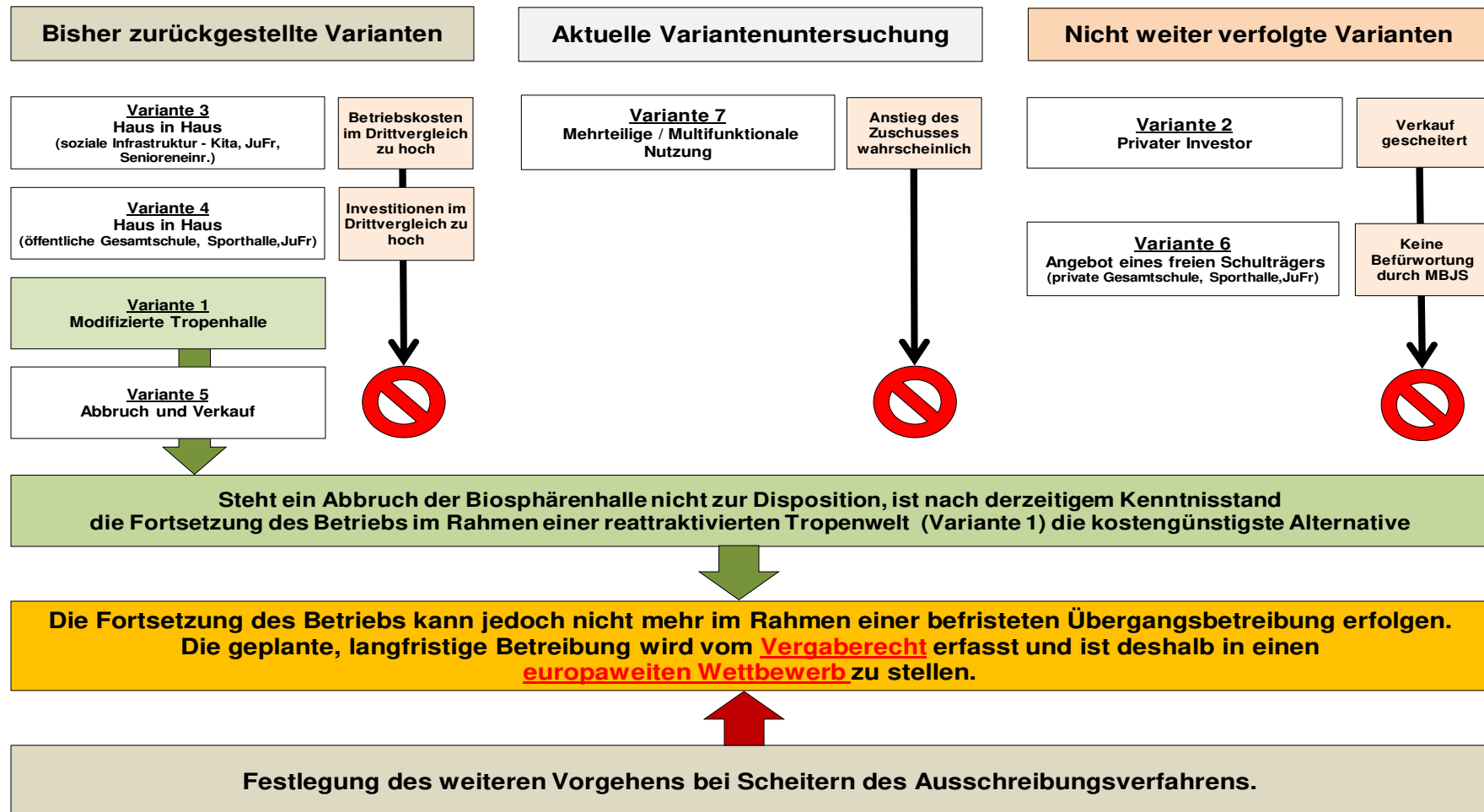
Variantenvergleich

Übersicht Varianten 7 A bis 7 C 2

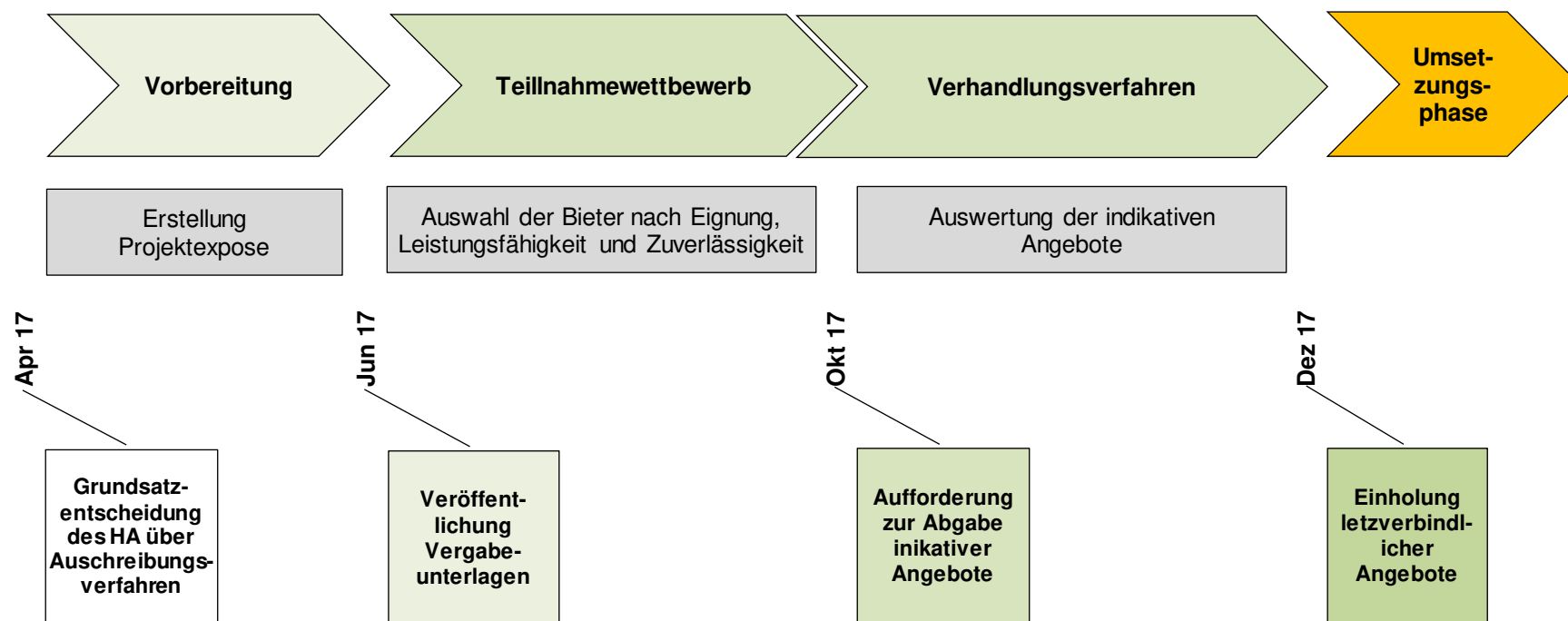
Nachnutzung Biosphärenhalle	 Variante 7 A	 Variante 7 B	 Variante 7 C 1	 Variante 7 C 2																																				
Investitionen in €	<table border="1"> <tr><td>Jugendclub</td><td>629.875</td></tr> <tr><td>Naturkundemuseum</td><td>1.986.350</td></tr> <tr><td>Reatraktivierung</td><td>900.000</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>3.516.225</td></tr> </table>	Jugendclub	629.875	Naturkundemuseum	1.986.350	Reatraktivierung	900.000	Summe	3.516.225	<table border="1"> <tr><td>Jugendclub</td><td>269.148</td></tr> <tr><td>Naturkundemuseum</td><td>5.206.385</td></tr> <tr><td>Schwimmhalle</td><td>7.535.217</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>13.010.750</td></tr> </table>	Jugendclub	269.148	Naturkundemuseum	5.206.385	Schwimmhalle	7.535.217	Summe	13.010.750	<table border="1"> <tr><td>Jugendclub</td><td>258.804</td></tr> <tr><td>3-Feld-Mz.-Sporthalle</td><td>3.605.899</td></tr> <tr><td>Beachvolleyball</td><td>4.776.938</td></tr> <tr><td>Fitness-Studio</td><td>1.154.360</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>9.796.000</td></tr> </table>	Jugendclub	258.804	3-Feld-Mz.-Sporthalle	3.605.899	Beachvolleyball	4.776.938	Fitness-Studio	1.154.360	Summe	9.796.000	<table border="1"> <tr><td>Jugendclub</td><td>274.476</td></tr> <tr><td>3-Feld-Mz.-Sporthalle</td><td>3.789.383</td></tr> <tr><td>Eishockeyhalle</td><td>6.915.638</td></tr> <tr><td>Fitness-Studio</td><td>1.227.753</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>12.207.250</td></tr> </table>	Jugendclub	274.476	3-Feld-Mz.-Sporthalle	3.789.383	Eishockeyhalle	6.915.638	Fitness-Studio	1.227.753	Summe	12.207.250
Jugendclub	629.875																																							
Naturkundemuseum	1.986.350																																							
Reatraktivierung	900.000																																							
Summe	3.516.225																																							
Jugendclub	269.148																																							
Naturkundemuseum	5.206.385																																							
Schwimmhalle	7.535.217																																							
Summe	13.010.750																																							
Jugendclub	258.804																																							
3-Feld-Mz.-Sporthalle	3.605.899																																							
Beachvolleyball	4.776.938																																							
Fitness-Studio	1.154.360																																							
Summe	9.796.000																																							
Jugendclub	274.476																																							
3-Feld-Mz.-Sporthalle	3.789.383																																							
Eishockeyhalle	6.915.638																																							
Fitness-Studio	1.227.753																																							
Summe	12.207.250																																							
Sanierung Gebäudehülle in €	6.500.000	6.500.000	6.500.000	6.500.000																																				
Zusammenfassung Jahreswerte in €	<table border="1"> <tr><td>Betriebskosten</td><td>652.791</td></tr> <tr><td>Instandhaltungsrücklage</td><td>455.811</td></tr> <tr><td>Reatraktivierungsrücklage</td><td>90.000</td></tr> <tr><td>Zinsaufwand 1. Jahr</td><td>145.497</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>1.344.099</td></tr> </table>	Betriebskosten	652.791	Instandhaltungsrücklage	455.811	Reatraktivierungsrücklage	90.000	Zinsaufwand 1. Jahr	145.497	Summe	1.344.099	<table border="1"> <tr><td>Betriebskosten</td><td>652.791</td></tr> <tr><td>Instandhaltungsrücklage</td><td>975.538</td></tr> <tr><td>Zinsaufwand 1. Jahr</td><td>285.412</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>1.913.741</td></tr> </table>	Betriebskosten	652.791	Instandhaltungsrücklage	975.538	Zinsaufwand 1. Jahr	285.412	Summe	1.913.741	<table border="1"> <tr><td>Betriebskosten</td><td>652.791</td></tr> <tr><td>Instandhaltungsrücklage</td><td>814.800</td></tr> <tr><td>Zinsaufwand 1. Jahr</td><td>238.143</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>1.705.734</td></tr> </table>	Betriebskosten	652.791	Instandhaltungsrücklage	814.800	Zinsaufwand 1. Jahr	238.143	Summe	1.705.734	<table border="1"> <tr><td>Betriebskosten</td><td>652.791</td></tr> <tr><td>Instandhaltungsrücklage</td><td>935.363</td></tr> <tr><td>Zinsaufwand 1. Jahr</td><td>273.597</td></tr> <tr><td>Summe</td><td>1.861.751</td></tr> </table>	Betriebskosten	652.791	Instandhaltungsrücklage	935.363	Zinsaufwand 1. Jahr	273.597	Summe	1.861.751		
Betriebskosten	652.791																																							
Instandhaltungsrücklage	455.811																																							
Reatraktivierungsrücklage	90.000																																							
Zinsaufwand 1. Jahr	145.497																																							
Summe	1.344.099																																							
Betriebskosten	652.791																																							
Instandhaltungsrücklage	975.538																																							
Zinsaufwand 1. Jahr	285.412																																							
Summe	1.913.741																																							
Betriebskosten	652.791																																							
Instandhaltungsrücklage	814.800																																							
Zinsaufwand 1. Jahr	238.143																																							
Summe	1.705.734																																							
Betriebskosten	652.791																																							
Instandhaltungsrücklage	935.363																																							
Zinsaufwand 1. Jahr	273.597																																							
Summe	1.861.751																																							
Zuschuss	Basiszuschuss in € 1.344.099	Basiszuschuss in € 1.913.741	Basiszuschuss in € 1.705.734	Basiszuschuss in € 1.861.751																																				
	+ Zusatzaufwand Biosphärenhalle rd. € 2.800.000																																							
	+ Zusatzaufwand Museum rd. € 1.050.000																																							
	- Nutzungsspezifische Umsätze rd. € 2.050.000	Die Nutzungsspezifischen Umsätze werden aller Voraussicht nach die zusätzlichen zu berücksichtigenden Aufwendungen nicht decken. Das negative Betriebsergebnis wird sich weiter erhöhen.																																						
= Zuschuss netto rd. € 3.145.000	Zuschuss netto > € 1.913.741	Zuschuss netto > € 1.705.734	Zuschuss netto > € 1.861.751																																					
Zuschuss brutto rd. € 3.740.000	Zuschuss brutto > € 2.280.000	Zuschuss brutto > € 2.030.000	Zuschuss brutto > € 2.215.000																																					
Anmerkung und Risiken	Entfall der Eventumsätze von rd. € 632.000 (Stand 2015). Keine Kompensation durch prognostizierte Synergieeffekte i.H. von rd. € 300.000. Im Ergebnis Anstieg des Zuschusses. Risiken im Übrigen wie in Variante 1 genannt.	Aufgrund der Höhe der erforderlichen Investitionen, der Höhe der Betriebskosten und den zu erwartenden geringen nutzungsabhängigen Einnahmen, kann prognostiziert werden, dass ein Betrieb der Halle in den Varianten 7 B bis 7 C 2 einen Anstieg des Zuschusses zur Folge hat. Weitere Untersuchungen zur Konkretisierung der Betriebskosten, zur Ermittlung der nutzungsabhängigen Kosten und Erstellung von Umsatzprognosen sind im Rahmen diese Variantenvergleichs entbehrlich und aus Kostengründen nicht zu empfehlen.																																						

Variantenvergleich

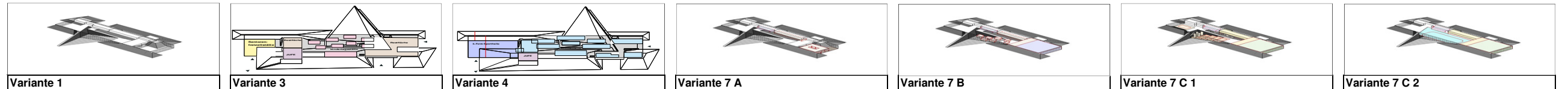
Ergebnis - Handlungsempfehlung



Zeitschiene



Nachnutzung Biosphärenhalle



	Variante 1	Variante 3	Variante 4	Variante 7 A	Variante 7 B	Variante 7 C 1	Variante 7 C 2
Nutzung in m²	Modifizierte Tropenhalle 5.925	Kita 4.190 Jufre 340 Senioreneinrichtung 340 Restflächen 1.790	Gesamtschule 9.581 Jufre 435 ungenutzte Sohle 1.490 Dreifeld Sporthalle 2.627	Modifizierte Tropenhalle 3.845 Naturkundemuseum 1.875 Jufre 205	Naturkundemuseum 3.900 Jufre 205	Jufre 205 3-Feld-Mz.-Sporthalle 2.400 Beachvolleyball 4.145 Fitness-Studio 960	Jufre 205 3-Feld-Mz.-Sporthalle 2.400 Eishockeyhalle 4.000 Fitness-Studio 960
Fläche m² gesamt	5.925	6.660	14.133	5.925	7.605	7.710	7.565

Betriebskosten	Ist-Werte Biosphäre GmbH 2015/2016 nach Berücksichtigung von Energieeinsparungen von 15 % aufgrund energetischer Sanierungsmaßnahmen.	Berechnung Dress+Sommer zum Variantenvergleich V1 bis V 5	Betriebskostenermittlung Dress+Sommer für Variante 4 nach erfolgten Prüfungen, Nachweisen und Simulationen	Für die einzelnen Varianten liegen keine gesonderten Betriebskostenermittlungen vor. Zwecke einer Grobkostenschätzung zum Vergleich der einzelnen Varianten untereinander, daher die für Variante 1 ermittelten Werte herangezogen.			Für wurden
-----------------------	---	---	--	---	--	--	------------

Investitionen in €	Orangerie/Büro/Shop 2.372.000 Reattraktivierung 900.000 3.272.000	Soziale Infrastruktur 6.915.677 Restflächen 5.704.131 12.619.808	Schule 33.366.363 Jufre 930.968 34.297.330	Jugendclub 629.875 Naturkundemuseum 1.986.350 Reattraktivierung 900.000 3.516.225	Jugendclub 269.148 Naturkundemuseum 5.206.385 Schwimmhalle 7.535.217 13.010.750	Jugendclub 258.804 3-Feld-Mz.-Sporthalle 3.605.899 Beachvolleyball 4.776.938 Fitness-Studio 1.154.360 9.796.000	Jugendclub 274.476 3-Feld-Mz.-Sporthalle 3.789.383 Eishockeyhalle 6.915.638 Fitness-Studio 1.227.753 12.207.250
---------------------------	--	---	---	---	---	--	--

zzgl. Sanierung Gebäudehülle	6.500.000	6.500.000	oben enthalten	6.500.000	6.500.000	6.500.000	6.500.000
-------------------------------------	-----------	-----------	----------------	-----------	-----------	-----------	-----------

Instandhaltungsrücklage	5,0 % der variantenabhängigen Baukosten 5,0 % der Sanierungskosten			5,0 % der variantenabhängigen Baukosten 5,0 % der Sanierungskosten			
--------------------------------	---	--	--	---	--	--	--

Förderung	RENplus 2014-2020 maximal € 2.500.000						
------------------	---------------------------------------	--	--	--	--	--	--

Darlehen	in Höhe der Kosten für Umbau und Sanierung (nach Abzug der möglichen Förderung) - Laufzeit 20 Jahre + Zinssatz 1,50 % und für Reattraktivierungskosten Laufzeit 10 Jahre + Zinssatz 1,50 %						
-----------------	--	--	--	--	--	--	--

Zusammenfassung Jahreswerte in €	Betriebskosten 652.791 Instandhaltungsrücklage 443.600 Reattraktivierungsrücklage 90.000 Zinsaufwand 1. Jahr 107.028 Summe 1.293.419	Betriebskosten 884.973 Instandhaltungsrücklage 955.990 Zinsaufwand 1. Jahr 279.863 Summe 2.120.826	Betriebskosten 661.424 Instandhaltungsrücklage 1.714.867 Zinsaufwand 1. Jahr 502.830 Summe 2.879.121	Betriebskosten 652.791 Instandhaltungsrücklage 455.811 Reattraktivierungsrücklage 90.000 Zinsaufwand 1. Jahr 145.497 Summe 1.344.099	Betriebskosten 652.791 Instandhaltungsrücklage 975.538 Zinsaufwand 1. Jahr 285.412 Summe 1.913.741	Betriebskosten 652.791 Instandhaltungsrücklage 814.800 Zinsaufwand 1. Jahr 238.143 Summe 1.705.734	Betriebskosten 652.791 Instandhaltungsrücklage 935.363 Zinsaufwand 1. Jahr 273.597 Summe 1.861.751
je m²/Monat in €	18,19	26,54	16,98	18,90	20,97	18,44	20,51

Zuschuss	Basiszuschuss in € 1.293.419	Basiszuschuss in € 2.120.826	Basiszuschuss in € 2.879.121	Basiszuschuss in € 1.344.099	Basiszuschuss in € 1.913.741	Basiszuschuss in € 1.705.734	Basiszuschuss in € 1.861.751	
	+ Zusatzaufwand rd. € 3.200.000		+ Hausmeister/Sekretärin rd. € 150.000	+ Zusatzaufwand Biosphärenhalle rd. € 2.800.000	Die Nutzungsspezifischen Umsätze werden aller Voraussicht nach die zusätzlichen zu berücksichtigenden Aufwendungen nicht decken. Das negative Betriebsergebnis wird sich weiter erhöhen.			
	- Nutzungsspezifische Umsätze rd. € 2.900.000	- Erstattung BK v. Kita-Träger rd. € 55.000		- Zusatzaufwand Museum rd. € 1.050.000	- Nutzungsspezifische Umsätze rd. € 2.050.000	↓		↓
	= Zuschuss netto rd. € 1.600.000	= Zuschuss netto rd. € 2.066.000	= Zuschuss netto € 3.030.000	= Zuschuss netto rd. € 3.145.000	↓ Zuschuss netto > € 1.913.741	↓ Zuschuss netto > € 1.705.734	↓ Zuschuss netto > € 1.861.751	
	Zuschuss brutto rd. € 1.900.000	Zuschuss brutto rd. € 2.460.000	Zuschuss brutto rd. € 3.600.000	Zuschuss brutto rd. € 3.740.000	Zuschuss brutto > € 2.280.000	Zuschuss brutto > € 2.030.000	Zuschuss brutto > € 2.215.000	

Anmerkung und Risiken	Höherer Zuschuss aufgrund Baumaßnahmen. Potentiale bei Eventumsätze als Chance zur Zuschussreduzierung. Risiken bestehen hinsichtlich: Entwicklung Besucherzahlen/weiterer Baumängel/ Entwicklung Betriebs- u.a. Kosten/ Anschubfinanzierung	Mehrbelastung aus Betriebskosten im Vergleich zur Errichtung an anderer Stelle in Höhe von rd. € 19 je m² im Monat. Risiken bestehen hinsichtlich: Zusätzlich erforderlicher Infrastrukturmaßnahmen/ Nutzung der Restflächen	Investitionsvolumen für die Gesamtschule liegt mit Mio. € 33,4 rd. Mio. € 7,1 über dem eines Referenzobjektes (ohne Jufre). Risiken bestehen hinsichtlich: Zusätzlich erforderlicher Infrastrukturmaßnahmen/ Fördermittelrückzahlung bei Nutzung Teilflächen Volkspark	Entfall der Eventumsätze von rd. € 632.000 (Stand 2015). Keine Kompensation durch prognostizierte Synergieeffekte i.H. von rd. € 300.000. Im Ergebnis Anstieg des Zuschusses. Risiken im Übrigen wie in Variante 1 genannt.	Aufgrund der Höhe der erforderlichen Investitionen, der Höhe der Betriebskosten und den zu erwartenden geringen nutzungsabhängigen Einnahmen, kann prognostiziert werden, dass ein Betrieb der Halle in den Varianten 7 B bis 7 C 2 einen <u>Anstieg</u> des Zuschusses zur Folge hat. Weitere Untersuchungen zur Konkretisierung der Betriebskosten, zur Ermittlung der nutzungsabhängigen Kosten und Erstellung von Umsatzprognosen sind im Rahmen diese Variantenvergleichs entbehrlich und aus Kostengründen nicht zu empfehlen.		
------------------------------	---	---	---	--	--	--	--



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0370

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre

Erstellungsdatum 28.04.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.05.2017	Stadtverordnetenversammlung	X	

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor einer europaweiten Ausschreibung zur Weiternutzung der Biosphäre als Tropenhalle weitergehende Ideen für den Standort der Biosphäre zu prüfen. Bis Ende Juli 2017 soll der StVV ein Konzept für den Standort der Biosphäre vorgelegt werden, das Ideen für die Erfüllung der folgenden Bedarfe für urbanes Leben im Viertel einbezieht:

- Bürgertreff,
- Jugendfreizeiteinrichtung/Jugendclub,
- Aufenthaltsqualität durch Gastronomie,
- Sportanlagen (inhouse und Freianlagen im Volkspark) sowie Hortplätze.

Bei der Erarbeitung des Konzepts wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Ergebnisse der an der FH Potsdam laufenden Beteiligungswerkstatt zur Weiterentwicklung des Wohngebietes Bornstedt einzubeziehen.

Begründung:

Das geplante Vorgehen der Stadt zur dauerhaften Weiternutzung der Biosphäre als Tropenhalle ignoriert, dass im Wohngebiet Bornstedter Feld Angebote für urbanes Leben fehlen und vor allem Grundstücke, auf denen die Stadt dergleichen planen und errichten könnte. Insofern sollte der Ort der Biosphäre dazu genutzt werden, den Bürgerinnen und Bürgern des Wohngebiets ein soziokulturelles Zentrum zu schaffen. Die Stadt sollte weitergehende konzeptionelle Überlegungen anstellen, wie die Biosphäre nicht nur als Tropenhalle, sondern auch anderweitig nutzbar wäre. Bei den Überlegungen sollten die Ergebnisse der Beteiligungswerkstatt zur Entwicklung im Bornstedter Feld (Projekt der FH Potsdam; Ergebnis liegt im Juli 2017 vor) einfließen.

Unterschrift